ISSN 0724-7885

1 Y 6432 A

STAATSANZEIGER

FÜR DAS LAND HESSEN

1985 | MONTAG, 1. JULI 1985 | Nr. 26

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 29. 5. bis zum 12. 6. 1985 1178

Der Hessische Minister des Innern

Dienstzeitregelung am 27. 12. 1985 1178

Öffentliches Vereinsrecht; hier: Bekanntmachung des Verbots und der Auflösung des „Türkischen Sportclubs Duisburg e. V.", Duisburg 1178

Der Hessische Minister der Finanzen

Kommunaler Finanzausgleich; hier Hessischer Investitionsfonds, Abt. B 1178

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Wirtschaftsprüfer-Prüfung im Frühjahr 1986 1179

Widmung von Neubaustrecken der Landesstraßen 3221 und 3316 sowie Umstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken der Landesstraßen 3221 und 3316 sowie der Kreisstraßen 2 und 5 in den Gemarkungen Holzhausen und Grifte der Gemeinde Edermünde sowie Guxhagen der Gemeinde Guxhagen, Schwalm-Eder-Kreis 1179

Widmung einer Neubaustrecke und Abstufung einer Teilstrecke der Bundesstraße 275 in den Gebieten der Gemeinde Grebenhain im Vogelsbergkreis und der Stadt Gedern im Wetteraukreis . 1180

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 908 in der Gemarkung Wirtheim der Gemeinde Biebergemünd, Main-Kinzig-Kreis 1180

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 89 in der Ortslage Niederelsungen der Stadt Wolfhagen, Landkreis Kassel . 1181

Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales

Krankenhausbauprogramm 1985 gemäß § 6 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes i. d. F. des Art. 1 des Krankenhausneuregelungsgesetzes vom 20. 12. 1984 i. V. m. § 6 Abs. 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes vom 4. 4. 1973 1181

Krankenhausbedarfsplanung; hier: Aufnahme einer Hebammenschule an den Städtischen Kliniken Wiesbaden in den Krankenhausplan des Landes Hessen .. 1184

Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor hessischen Sozialgerichten 1184

Personalnachrichten

Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1184

Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik 1185

Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales 1185

Die Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage „Brunnen Ostheim I" der Kreiswerke Hanau GmbH vom 4. 6. 1985 1185

Wohnplatzverzeichnis; hier: Umbenennung des Wohnplatzes „An der Landwehr" in der Stadt Groß-Umstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg 1188

Durchführung des Hessischen Landesplanungsgesetzes; hier: Neubau einer Funkübertragungsstelle (Richtfunkverbindung) der Deutschen Bundespost — OPD Frankfurt am Main — von Ludwigshafen/Mannheim nach Lindenfels . 1188

Genehmigung der Rolf-Sammet-Stiftung, Frankfurt am Main 1188

Ungültigkeitserklärung eines Landessiegels 1188

GIESSEN

Auflösung des Pferde- und Rindviehversicherungsvereins a. G., Hünfelden-Mensfelden, Landkreis Limburg-Weilburg 1188

Auflösung des Rindviehversicherungsvereins a. G., Aßlar-Bermoll, Lahn-Dill-Kreis 1188

Öffentlicher Anzeiger 1189

Andere Behörden und Körperschaften

24. Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden 1203

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für das Haushaltsjahr 1985 1205

Sitzung des Verbandstags des Umlandverbandes Frankfurt 1206

Bekanntmachung eines Lieferauftrages nach dem Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge (ABl. EG Nr. L 13/1 vom 15. 1. 1977 Anhang IIIB, StAnz. 1979 Nr. 26 S. 1354 ff.) 1207

Öffentliche Ausschreibungen 1207

Stellenausschreibungen 1208

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe des Staatsanzeigers liegt ein Prospekt der Firma G. Berger, 8755 Alzenau, bei.

560

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 29. Mai bis zum 12. Juni 1985

	Preis DM
Beiträge zur Statistik Hessens	
Nr. 173 Die veranlagten Einkommen 1980	8,50
Statistische Berichte:	
B I 1 — j/84 — Teil 1 Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen Teil 1: Grund-, Haupt- und Sonderschulen	4,00
B I 1 — j/84 — Teil 3 Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen Teil 3: Gymnasien und Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges	3,00
C III 1 — vj/1985 — 1 Schweinebestand am 3. April 1985 (Korrigiertes endgültiges Ergebnis)	1,00
C III 2 — m 4/85 Schlachtungen im April 1985	1,00
E I 1 — m 4/85 Beschäftigte und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im April 1985 (Vorläufige Ergebnisse)	1,50
E I 1 — j/84 **E I 7 — j/84** Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Hessen im September 1984	2,50
E II 1 — m 3/85 Das Bauhauptgewerbe in Hessen im März 1985	1,50
E V 1 — vj 1/85 Das Handwerk in Hessen 1. Vierteljahr 1985	1,50
F II 1 — m 3/85 Baugenehmigungen in Hessen im März 1985	1,00
F II 1 — m 4/85 Baugenehmigungen in Hessen im April 1985	1,00
F II 11 — j/84 Wohngeld in Hessen im Jahre 1984	2,00
G III 1 — m 3/85 Die Ausfuhr Hessens im März 1985 (Vorläufige Zahlen)	1,50
G III 3 — m 3/85 Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im März 1985 (Vorläufige Zahlen)	1,50
G IV 1 — m 3/85 Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im März 1985	2,50
H I 4 — vj 1/85 Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 1. Vierteljahr 1985	1,00
K III 1 — j/84 Die Behinderten in Hessen Ende 1984	2,00
L II 5 — j/1984 — 1988 Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen 1984—1988	2,50
M I 2 — m 5/85 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen im Mai 1985	1,00

Wiesbaden, 12. Juni 1985

Hessisches Statistisches Landesamt
Z A 231 — 77 a 241/85
StAnz. 26/1985 S. 1178

561

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Dienstzeitregelung am 27. Dezember 1985

Für die Dienststellen des Landes gilt folgende Regelung:

Am 27. Dezember 1985 ist dienstfrei. Die an diesem Tag ausfallenden Dienststunden sind zwischen dem 1. November und 21. Dezember 1985 abzuleisten. Soweit dienstliche Belange es erfordern, ist an dem dienstfreien Tag ein Bereitschaftsdienst einzurichten.

Arbeitszeitregelungen für Sondergruppen bleiben unberührt.

Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen unter der Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 11. Juni 1985

Der Hessische Minister des Innern
I A 11 — 7 d
StAnt. 26/1985 S. 1178

562

Öffentliches Vereinsrecht;

hier: Bekanntmachung des Verbots und der Auflösung des „Türkischen Sportclubs Duisburg e. V.", Duisburg

Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), gebe ich nachstehend den verfügenden Teil des vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen am 10. Mai 1985 erlassenen Vereinsverbots bekannt.

Verfügung:

1. Der Zweck des Vereins „Türkischer Sportclub Duisburg e. V.", Duisburg, läuft den Strafgesetzen zuwider.
2. Der Verein „Türkischer Sportclub Duisburg e. V." ist verboten. Er wird aufgelöst.
3. Dem Verein „Türkischer Sportclub Duisburg e. V." ist jede Tätigkeit verboten. Die Bildung von Ersatzorganisationen ist untersagt.
4. Das Vermögen des Vereins „Türkischer Sportclub Duisburg e. V." wird beschlagnahmt und eingezogen.
5. Die sofortige Vollziehung der Verfügung wird angeordnet; dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens.

Düsseldorf, 10. Mai 1985

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
IV A 3 — 2215
In Vertretung
Dr. Munzert

Wiesbaden, 13. Juni 1985

Der Hessische Minister des Innern
II A 31 — 5 b 02/06 — 27/22
StAnz. 26/1985 S. 1178

DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

563

Kommunaler Finanzausgleich;

hier: Hessischer Investitionsfonds, Abt. B
Bezug: Erlaß des MdF vom 4. Juni 1985 (StAnz. S. 1136)

In dem o. a. Erlaß muß es in der 4. Zeile statt 2,5 Mio. DM richtig 27,5 Mio. DM heißen.

Die Redaktion

564

DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Wirtschaftsprüfer-Prüfung im Frühjahr 1986

Der schriftliche Teil der Wirtschaftsprüfer-Prüfung wird voraussichtlich im März 1986 beginnen. Als Termin für die mündliche Prüfung ist der Monat Juni 1986 vorgesehen.

Anträge auf Zulassung zur Prüfung bitte ich, mit den in § 2 der Prüfungsordnung für Wirtschaftsprüfer vom 31. Juli 1962 (BGBl. I S. 529), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3007), aufgeführten Unterlagen bis spätestens 31. Oktober 1985 beim Zulassungsausschuß für Wirtschaftsprüfer des Landes Hessen, des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes, 6200 Wiesbaden, Postfach 31 29, enzureichen.

Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung ergeben sich aus den §§ 7 ff. des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) i. d. F. vom 5. November 1975 (BGBl. I S. 2803).

Für das Zulassungsverfahren ist eine Gebühr von 150,— DM zu entrichten; die Prüfungsgebühr beträgt 500,— DM (§ 14 a der Wirtschaftsprüferordnung). Die Gebühren werden angefordert oder können im voraus an die Staatshauptkasse Hessen in Wiesbaden, Postgirokonto Frankfurt am Main Nr. 94 716 608 unter Angabe des Vermerks: I a — 07 01 — 111 64 überwiesen werden.

Körperbehinderten Bewerbern kann die Frist für die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten jeweils um eine Stunde verlängert werden (§ 8 Abs. 2 der Prüfungsordnung).

Die dem Zulassungsantrag beigefügten Fotokopien bzw. Abschriften von Zeugnissen und sonstigen Urkunden müssen amtlich beglaubigt sein.

Wiesbaden, 7. Juni 1985

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
I a 1 — 441 d 1

StAnz. 26/1985 S. 1179

565

Widmung von Neubaustrecken der Landesstraßen 3221 und 3316 sowie Umstufung bzw. Einziehung von Teilstrecken der Landesstraßen 3221 und 3316 sowie der Kreisstraßen 2 und 5 in den Gemarkungen Holzhausen und Grifte der Gemeinde Edermünde sowie Guxhagen der Gemeinde Guxhagen, Schwalm-Eder-Kreis, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3221 in der Gemarkung Holzhausen der Gemeinde Edermünde im Schwalm-Eder-Kreis, Regierungsbezirk Kassel, neugebauten Strecken

   a) von km 0,172 neu (bei km 0,172 der L 3221 alt östlich der Anschlußstelle Holzhausen der A 49)
   bis km 0,262 neu (bei km 0,272 der L 3221 alt) = 0,090 km,
   von km 0,278 neu (bei km 0,277 der L 3221 alt)
   bis km 0,505 neu (= km 0,000 neu — Anschluß der K 2 neu —) = 0,227 km,
   von km 0,000 neu (= km 0,505 neu)
   bis km 0,267 neu (bei km 1,458 der K 5 alt) = 0,267 km
   und
   von km 0,007 neu (bei km 1,443 der K 5 alt)
   bis km 0,280 neu (bei km 0,330 der L 3221 alt) = 0,273 km

   sowie die in den Gemarkungen Grifte der Gemeinde Edermünde und Guxhagen der Gemeinde Guxhagen im Schwalm-Eder-Kreis neugebauten Strecken

   b) von km 0,000 neu (bei km 1,205 der L 3221 alt am Anschluß der L 3316 neu)
   bis km 0,486 neu (bei km 0,445 der L 3221 alt) = 0,486 km
   und
   von km 0,492 neu (bei km 0,455 der L 3221 alt)
   bis km 0,723 neu (bei km 0,726 der L 3221 alt östlich der neuen Ederbrücke) = 0,231 km

   werden mit Wirkung vom 1. Juni 1985 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der Landesstraßen und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3221 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die im Zuge der Landesstraße 3316 in der Ortslage Grifte neugebaute Strecke

   von km 1,446 neu (bei km 1,446 der L 3316 alt)
   bis km 1,649 neu (bei km 1,220 der L 3221 alt) = 0,203 km

   wird mit Wirkung vom 1. Juni 1985 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 HStrG). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3316 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

   Die Teilstrecke der Landesstraße 3221
   von km 1,220 alt (bei km 1,649 der L 3316 neu)
   bis km 1,205 alt (bei km 0,000 der L 3221 neu)
   wird zum selben Zeitpunkt Teilstrecke der Landesstraße 3316.

3. Die bisherige Teilstrecke der Kreisstraße 5 in der Gemarkung Holzhausen (Kreuzung mit der L 3221 neu)

   von km 1,443 alt (bei km 0,007 der L 3221 neu)
   bis km 1,458 alt (bei km 0,267 der L 3221 neu) = 0,015 km

   hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt und wird mit Wirkung vom 1. Juni 1985 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG). Sie wird Teilstrecke der Landesstraße 3221.

   Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§ 41 Abs. 1 HStrG).

4. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3221 in der Ortslage Holzhausen

   von km 0,422 alt (am Anschluß der K 2 neu)
   bis km 0,476 alt (= km 0,000 alt — Anschluß der K 2 —) = 0,054 km
   und
   von km 0,000 alt (= 0,476 alt)
   bis km 0,003 alt = 0,003 km
   zusammen 0,057 km

   hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Juni 1985 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG). Sie wird als Teilstrecke der Kreisstraße 2 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

   Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Schwalm-Eder-Kreis über.

5. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3221

   a) in der Gemarkung Holzhausen
   von km 0,178 alt
   bis km 0,263 alt = 0,085 km,
   von km 0,277 alt (bei km 0,278 der L 3221 neu)
   bis km 0,422 alt (am Anschluß der K 2 neu) = 0,145 km,
   von km 0,003 alt (am Anschluß der K 2)
   bis km 0,164 alt (= km 0,000 alt — Anschluß der K 5 alt —) = 0,161 km,
   von km 0,000 alt (= km 0,164 alt)
   bis km 0,172 alt = 0,172 km

   sowie

   b) in der Gemarkung Grifte
   von km 1,246 alt (am neuen Anschluß zur L 3316 neu)
   bis km 1,289 alt (= 0,000 alt — Anschluß der L 3316 alt —) = 0,043 km,
   von km 0,000 alt (= km 1,289 alt)
   bis km 0,168 alt (am Bahnübergang) = 0,168 km,
   von km 0,197 alt (am Bahnübergang)
   bis km 0,402 alt = 0,205 km

   und die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3316 in der Ortslage Grifte

von km 1,446 alt (bei km 1,446 der L 3316 neu)
bis km 1,598 alt (bei km 1,289/0,000 der L 3221 alt) = 0,152 km

haben die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und werden mit Wirkung vom 1. Juni 1985 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Edermünde über (§ 43 HStrG).

6. Die bisherige Teilstrecke der Kreisstraße 5 in der Gemarkung Holzhausen

von km 1,458 alt (bei km 0,267 der L 3221 neu)
bis km 1,531 alt (bei km 0,164/0,000 der L 3221 alt) = 0,073 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Juni 1985 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Edermünde über (§ 43 HStrG).

7. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3221

a) in der Gemarkung Holzhausen

von km 0,172 alt (bei km 0,172 der L 3221 neu)
bis km 0,178 alt = 0,006 km,

von km 0,262 alt
bis km 0,272 alt (bei km 0,262 der L 3221 neu) = 0,009 km,

von km 0,172 alt
bis km 0,330 alt (bei km 0,280 der L 3221 neu) = 0,158 km

sowie

b) in den Gemarkungen Grifte und Guxhagen

von km 1,220 alt (bei km 1,649 der L 3316 neu)
bis km 1,246 alt = 0,026 km,

von km 0,402 alt
bis km 0,445 alt (bei km 0,486 der L 3221 neu) = 0,043 km

und

von km 0,445 alt (bei km 0,492 der L 3221 neu)

bis km 0,726 alt (bei km 0,723 der L 3221 neu) = 0,271 km

sind für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Juni 1985 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 3, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 12. Juni 1985

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
III c 22 — 63 a 30

StAnz. 26/1985 S. 1179

566

Widmung einer Neubaustrecke und Abstufung einer Teilstrecke der Bundesstraße 275 in den Gebieten der Gemeinde Grebenhain im Vogelsbergkreis, Regierungsbezirk Gießen, und der Stadt Gedern im Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Bundesstraße 275 in den Gemarkungen Volkartshain und Hartmannshain der Gemeinde Grebenhain im Vogelsbergkreis, Regierungsbezirk Gießen, neugebaute Strecke

von km 5,428 neu (bei km 5,432 der B 275 alt)
bis km 5,835 neu (bei km 6,053 der B 275 alt) = 0,407 km

wird mit Wirkung vom 1. Juni 1985 für den öffentlichen Verkehr gewidmet und Bestandteil der Bundesstraße 275 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —).

2. Die bisherigen Teilstrecken der Bundesstraße 275

a) in der Gemarkung Ober-Seemen der Stadt Gedern im Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt

von km 5,432 alt (bei km 5,428 der B 275 neu)
bis km 5,671 alt (= Kreisgrenze) = 0,239 km

und

b) in der Gemarkung Hartmannshain

von km 5,671 alt (= Kreisgrenze)
bis km 6,053 alt (bei km 5,835 der B 275 neu) = 0,382 km

haben die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren und werden mit Wirkung vom 1. Juni 1985 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 2 Abs. 4 FStrG und § 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 1. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Zum selben Zeitpunkt geht die Straßenbaulast für die unter a) genannte abgestufte Teilstrecke auf die Stadt Gedern und für die unter b) genannte abgestufte Teilstrecke auf die Gemeinde Grebenhain über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 12. Juni 1985

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
III c 22 — 63 a 30

StAnz. 26/1985 S. 1180

567

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 908 in der Gemarkung Wirtheim der Gemeinde Biebergemünd, Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt

Nach Verkehrsübergabe einer Neubaustrecke der Kreisstraße 908 hat die in der Gemarkung Wirtheim der Gemeinde Biebergemünd im Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene alte Teilstrecke der Kreisstraße 908

von km 0,395 alt (am Bahnübergang nordwestlich der Ortslage Wirtheim)
bis km 0,703 alt (bei km 4,572 der L 3201) = 0,308 km

die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Juni 1985 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Biebergemünd über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main, Adalbertstraße 44—48, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 12. Juni 1985

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
III c 22 — 63 a 30

StAnz. 26/1985 S. 1180

568

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 89 in der Ortslage Niederelsungen der Stadt Wolfhagen, Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel

Die in der Ortslage Niederelsungen der Stadt Wolfhagen im Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel, gelegene bisherige Teilstrecke der Kreisstraße 89

von km 0,000 alt (bei km 1,900 der K 90)
bis km 0,118 alt (bei km 4,798 der L 3312) = 0,118 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Juni 1985 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Wolfhagen über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 3, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 12. Juni 1985

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III c 22 — 63 a 30
StAnz. 26/1985 S. 1181

DER HESSISCHE MINISTER FÜR ARBEIT, UMWELT UND SOZIALES

569

Krankenhausbauprogramm 1985 gemäß § 6 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes i. d. F. des Art. 1 des Krankenhausneuregelungsgesetzes (KHNG) vom 20. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1716) i. V. m. § 6 Abs. 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes vom 4. April 1973 (GVBl. I S. 145)

Gemäß § 6 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes i. d. F. des Art. 1 des Krankenhausneuregelungsgesetzes (KHNG) vom 20. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1716) sind die Länder u. a. verpflichtet, Jahres-Krankenhausbauprogramme aufzustellen. In Ausführung dieses gesetzlichen Auftrages wird hiermit das Krankenhausbauprogramm 1985 verkündet.

Das Krankenhausbauprogramm ist gemäß § 6 Abs. 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes vom 4. April 1973 (GVBl. I S. 145) i. V. m. § 29 Abs. 1 des Krankenhausneuregelungsgesetzes (KHNG) vom 20. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1716) im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Minister des Innern sowie im Benehmen mit den Kommunalen Spitzenverbänden ausgearbeitet worden.

Zu dem Krankenhausbauprogramm sind die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, die Hessische Krankenhausgesellschaft und die wesentlich Beteiligten gemäß § 1 der „Verordnung zur Bestimmung der wesentlich Beteiligten für das Anhörungsverfahren bei der Aufstellung und Fortschreibung des Krankenhausbedarfsplanes und der Programme zur Durchführung des Krankenhausbaues" vom 13. Oktober 1981 (GVBl. I S. 310) genannten Organisationen und Verbände gehört worden.

Die im Krankenhausbauprogramm 1985 berücksichtigten Maßnahmen umfassen ein Förderungsvolumen von 170 Mio. DM. Die Mittel sind vorrangig zur finanziellen Absicherung von auflagenbedingten Maßnahmen und zur Abdeckung der aus der allgemeinen Kostenentwicklung auf dem Bausektor und in der Medizintechnik entstandenen Mehrkosten bestimmt. Die verbleibenden Mittel wurden dem Reservefonds zugeführt, um sonstigen unvorhergesehenen Notmaßnahmen angemessen Rechnung tragen zu können.

Sämtliche Maßnahmen des Krankenhausbauprogramms 1985 stehen im Einklang mit den Zielen der geltenden Krankenhausbedarfsplanung.

Wiesbaden, 4. Juni 1985

Der Hessische Minister
für Arbeit, Umwelt und Soziales
StS/III B 2 — 18 c 04/07 — 22
StAnz. 26/1985 S. 1181

Anlage

Krankenhausbauprogramm 1985

I.	Für unvorhergesehene dringende Maßnahmen und für Bestreitung unvorhergesehener Mehrkosten bei bereits geförderten Maßnahmen	7 270 000,— DM
II.	Für verschiedene bauliche Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an Krankenhäusern des LWV-Hessen	12 010 000,— DM
III.	Für Maßnahmen gem. § 9 KHG an Krankenhäusern unter kommunaler Trägerschaft	85 150 000,— DM
IV.	Für Maßnahmen gem. § 9 KHG an Krankenhäusern unter freigemeinnütziger und privater Trägerschaft	65 570 000,— DM
	Fördervolumen insgesamt:	170 000 000,— DM

Anmerkung:

Alle im Rahmen dieses Bauprogrammes für eine Förderung vorgesehenen Maßnahmen stehen im Einklang mit der geltenden Krankenhausplanung des Landes Hessen. Gem. § 6 Abs. 2 KHG wird darauf hingewiesen, daß sich der Bedarf an pauschalierten Finanzierungsmitteln gem. § 10 KHG im Haushaltsjahr 1985 auf insgesamt 114,3 Mio. DM belaufen wird.

Aus dem Gesamtfördervolumen stehen in den einzelnen Haushaltsjahren zur Auszahlung folgende Mittel zur Verfügung:

Haushaltsjahr 1985	=	50,0 Mio. DM
Haushaltsjahr 1986	=	30,0 Mio. DM
Haushaltsjahr 1987	=	30,0 Mio. DM
Haushaltsjahr 1988	=	60,0 Mio. DM
zusammen	=	170,0 Mio. DM

Zu Abschnitt II (Einrichtungen des LWV-Hessen)

1.	**Psychiatrisches Krankenhaus Gießen** Aufbau einer psychiatrischen Behandlungsstätte in Hanau § 9 (1) KHG	4 000 000,— DM
2.	**Psychiatrisches Krankenhaus Köppern** Errichtung eines Bettenpavillons § 9 (1) KHG	4 500 000,— DM
3.	**Heilstätte am Meißner** Verbesserung der Unterbringungsverhältnisse und Durchführung von Brandschutzmaßnahmen § 9 (1) und (3) KHG	750 000,— DM
4.	**Orthopädische Klinik Kassel** Sanierung der sanitären Verhältnisse im stationären Bereich — II. Bauabschnitt — § 9 (1) KHG	900 000,— DM
5.	**Orthopädische Klinik Wiesbaden** Sanierung des Bettenhauses — II. Bauabschnitt — § 9 (1) KHG	850 000,— DM
6.	**Taunusklinik Falkenstein** Durchführung von Brandschutzmaßnahmen § 9 (1) und (3) KHG	350 000,— DM
7.	**Taunusklinik Falkenstein** Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Krankenhausbereich § 9 (1) KHG	160 000,— DM

8. **Klinik Lahnhöhe** 250 000,— DM
Durchführung von Brandschutzmaßnahmen
§ 9 (1) und (3) KHG

9. **Psychiatrisches Krankenhaus Merxhausen** 250 000,— DM
Herrichtung des Hauses 11 zur Unterbringung von Bazillendauerausscheidern
§ 9 (1) KHG

12 010 000,— DM

Zu Abschnitt III (Krankenhäuser unter kommunaler Trägerschaft)

a) Krankenhausversorgungsgebiet Kassel

1. **Kreiskrankenhaus Wolfhagen** 1 510 000,— DM
Sanierung Küchenbereich und Bettenzentrale
§ 9 (1) und (3) KHG

2. **Kreiskrankenhaus Eschwege** 1 000 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — II. Bauabschnitt —
§ 9 (1) und (3) KHG

3. **Kreiskrankenhaus Eschwege** 900 000,— DM
Erneuerung der Klimaanlage im sept. OP-Bereich
§ 9 (3) KHG

4. **Kreiskrankenhaus Hofgeismar** 1 390 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes
§ 9 (1) und (3) KHG

5. **Stadtkrankenhaus Korbach** 25 000 000,— DM
Bauliche Sanierung und Erweiterung
§ 9 (1) KHG

6. **Städt. Kliniken Kassel** 2 500 000,— DM
Sanierung des Altbaues der Med.-Klinik — Haus 9 —
§ 9 (1) und (3) KHG

7. **Städt. Kliniken Kassel** 2 500 000,— DM
Einrichtung einer interdisziplinären Intensivpflegestation im Bettenhaus der Chirurgie
§ 9 (1) KHG

34 800 000,— DM

b) Krankenhausversorgungsgebiet Fulda

1. **Kreiskrankenhaus Bad Hersfeld** 900 000,— DM
Erneuerung der Aufzugsanlagen im Altbau
§ 9 (3) KHG

2. **Kreiskrankenhaus Bad Hersfeld** 2 000 000,— DM
Sanierung Funktionsbereich Altbau — Gynäkologie —
§ 9 (1) KHG

3. **Kreiskrankenhaus Bad Hersfeld** 600 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes
§ 9 (1) und (3) KHG

4. **Kreiskrankenhaus Fulda** 300 000,— DM
Dacherneuerung Haus I
§ 9 (3) KHG

5. **Kreiskrankenhaus Fulda** 280 000,— DM
Erneuerung der Heizungsanlage Haus I und II
§ 9 (3) KHG

6. **Kreiskrankenhaus Schlüchtern** 500 000,— DM
Brandschutzmaßnahmen
§ 9 (1) und (3) KHG

4 580 000,— DM

c) Krankenhausversorgungsgebiet Gießen—Marburg

1. **Kreiskrankenhaus Ziegenhain, Schwalmstadt** 800 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — II. Bauabschnitt —
§ 9 (1) und (3) KHG

2. **Kreiskrankenhaus Ziegenhain, Schwalmstadt** 400 000,— DM
Erneuerung des Daches
§ 9 (3) KHG

3. **Kreiskrankenhaus Gießen, Lich** 1 300 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — II. Bauabschnitt —
§ 9 (1) und (3) KHG

4. **Kreiskrankenhaus Gießen, Lich** 2 500 000,— DM
Erneuerung von Dach und Fassaden
§ 9 (3) KHG

5. **Kreiskrankenhaus Dillenburg** 140 000,— DM
Mängelbeseitigungen in der physikalischen Therapie
§ 9 (1) KHG

6. **Kreiskrankenhaus Dillenburg** 200 000,— DM
Einrichtung eines Reanimations- und Schockbehandlungsraumes mit Liegenkrankenvorfahrt
§ 9 (1) KHG

7. **Kreiskrankenhaus Dillenburg** 900 000,— DM
Erneuerung Hochdruckdampfkesselanlage
§ 9 (3) KHG

8. **Kreiskrankenhaus Falkeneck, Braunfels** 200 000,— DM
Erneuerung der Fernsprechnebenstellenanlage
§ 9 (3) KHG

9. **Kreiskrankenhaus Falkeneck, Braunfels** 120 000,— DM
Erneuerung der Steuerung der Aufzugsanlage
§ 9 (3) KHG

10. **Kreiskrankenhaus Frankenberg (Eder)** 400 000,— DM
Erneuerung des Daches des OP-, Ambulanz- und Verwaltungsbereichs
§ 9 (3) KHG

11. **Kreiskrankenhaus Frankenberg (Eder)** 100 000,— DM
Einrichtung einer Wasch- und Desinfektionsanlage für die Bettenzentrale
§ 9 (3) KHG

7 060 000,— DM

d) Krankenhausversorgungsgebiet Frankfurt am Main—Offenbach am Main

1. **Stadtkrankenhaus Hanau** 850 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — I. Bauabschnitt —
§ 9 (1) und (3) KHG

2. **Kreiskrankenhaus Langen** 1 450 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt —
§ 9 (1) und (3) KHG

3. **Kreiskrankenhaus Bad Soden am Taunus** 550 000,— DM
Erneuerung der Lastenaufzugsanlage
§ 9 (3) KHG

4. **Kreiskrankenhaus Bad Soden am Taunus** 1 000 000,— DM
Sanierung Dachflächen des Wirtschafts- und Betriebsgebäudes
§ 9 (3) KHG

5. **Städt. Krankenhaus Frankfurt am Main-Höchst** 2 000 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt —
§ 9 (1) und (3) KHG

6. **Kreiskrankenhaus Bad Homburg v. d. Höhe** 780 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt —
§ 9 (1) und (3) KHG

7. **Kreiskrankenhaus Bad Homburg v. d. Höhe** 640 000,— DM
Neubau Funktionstrakt — I. Bauabschnitt — Mehrkosten —
§ 9 (1) KHG

8. **Stadtkrankenhaus Offenbach am Main** 5 000 000,— DM
Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes
§ 9 (1) und (3) KHG

9. **Stadtkrankenhaus Offenbach am Main** 500 000,— DM
Erweiterung der psychiatrischen Abteilung
§ 9 (1) KHG

10. **Kreiskrankenhaus Usingen** 310 000,— DM
Sanierung der Heizungsanlage
§ 9 (3) KHG

11. **Städt. Krankenhaus Bad Nauheim** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes § 9 (1) und (3) KHG	1 000 000,— DM
	14 080 000,— DM

e) Krankenhausversorgungsgebiet Wiesbaden—Limburg a. d. Lahn

1. **Kreiskrankenhaus Eltville am Rhein** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — II. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	750 000,— DM
2. **Kreiskrankenhaus Bad Schwalbach** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — II. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	1 250 000,— DM
3. **Kreiskrankenhaus Bad Schwalbach** Erneuerung von Dach und Fassaden § 9 (3) KHG	1 000 000,— DM
4. **Städt. Kliniken Wiesbaden** Sicherstellung der Versorgung vitalgefährdeter Neugeborener § 9 (3) KHG	200 000,— DM
	3 200 000,— DM

f) Krankenhausversorgungsgebiet Darmstadt

1. **Kreiskrankenhaus Erbach** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	1 580 000,— DM
2. **Kreiskrankenhaus Erbach** Bauliche Anbindung an Altenpflegebereich mit Erweiterung § 9 (1) KHG	5 000 000,— DM
3. **Kreiskrankenhaus Groß-Umstadt** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — II. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	1 000 000,— DM
4. **Kreiskrankenhaus Groß-Gerau** Sanierung RLT-Anlage für OP-Bereich im Altbau § 9 (3) KHG	250 000,— DM
5. **Städt. Kliniken Darmstadt** Sanierung der Wäscherei — II. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	1 600 000,— DM
6. **Städt. Kliniken Darmstadt** Umbau der Liegendkrankenvorfahrt der Chirurgischen Kliniken I und II § 9 (1) KHG	1 000 000,— DM
7. **Städt. Kliniken Darmstadt** Sanierung von Bädern und Toiletten der Chirurgischen Kliniken § 9 (1) und (3) KHG	200 000,— DM
8. **Städt. Kliniken Darmstadt** Anbau eines Bettenaufzuges an der Ostseite der Frauenklinik § 9 (1) und (3) KHG	900 000,— DM
9. **Städt. Kliniken Darmstadt** Erneuerung der Heizungsanlagen in der Hautklinik und in der Angiologisch-/Neurolog. Klinik § 9 (3) KHG	1 200 000,— DM
10. **Städt. Kliniken Darmstadt** Fassaden- und Fenstererneuerung an Med. Klinik I und II § 9 (3) KHG	300 000,— DM
11. **Stadtkrankenhaus Rüsselsheim** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	400 000,— DM
12. **Stadtkrankenhaus Rüsselsheim** Bauliche Sanierung und Erweiterung — II. Bauabschnitt — § 9 (1) KHG	8 000 000,— DM
	21 430 000,— DM

Zu Abschnitt IV (Krankenhäuser unter freigemeinnütziger und privater Trägerschaft)

a) Krankenhausversorgungsgebiet Kassel

1. **Bezirkskrankenhaus Helmarshausen** Erneuerung der Fenster § 9 (3) KHG	400 000,— DM
2. **Marienkrankenhaus Kassel** Sanierung Röntgenabteilung und Sanierung Dach des Küchen-, Wäscherei- und Bettenbereichs § 9 (1) und (3) KHG	2 300 000,— DM
3. **Krankenhaus Fürstenhagen, Hessisch Lichtenau** Notstromversorgung § 9 (3) KHG	250 000,— DM
4. **Krankenhaus Fürstenhagen, Hessisch Lichtenau** Bauliche Sanierung OP-Bereich § 9 (1) KHG	1 000 000,— DM
5. **Kinderkrankenhaus Park Schönfeld, Kassel** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes § 9 (1) und (3) KHG	100 000,— DM
6. **Kinderkrankenhaus Park Schönfeld, Kassel** Neubau für kinderchirurgischen OP-Bereich § 9 (1) KHG	7 000 000,— DM
7. **Elisabeth-Krankenhaus, Kassel** Bauliche Sanierung — I. Bauabschnitt — Mehrkosten — § 9 (1) KHG	3 000 000,— DM
8. **Ev. Krankenhaus Gesundbrunnen, Hofgeismar** Erneuerung der Wasser- und Abwasserinstallation § 9 (3) KHG	450 000,— DM
9. **Nervenklinik Hephata, Schwalmstadt** Bauliche Sanierung und Erweiterung — I. Bauabschnitt — § 9 (1) KHG	10 000 000,— DM
	24 500 000,— DM

b) Krankenhausversorgungsgebiet Fulda

1. **Elisabeth-Krankenhaus, Bad Hersfeld** Einrichtung einer physikalischen Therapie § 9 (1) KHG	2 000 000,— DM
2. **Krankenhaus Eichhof, Lauterbach (Hessen)** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes § 9 (1) und (3) KHG	600 000,— DM
	2 600 000,— DM

c) Krankenhausversorgungsgebiet Gießen—Marburg

1. **Krankenhaus Ehringshausen** Bauliche Sanierung Pflegebereich im Altbau § 9 (1) KHG	6 000 000,— DM
2. **Klinik Dr. Schweckendiek, Marburg** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes § 9 (1) und (3) KHG	100 000,— DM
3. **Klinik Waldhof-Elgershausen** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	1 000 000,— DM
4. **Neurologische Klinik Braunfels** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes § 9 (1) und (3) KHG	350 000,— DM
	7 450 000,— DM

d) Krankenhausversorgungsgebiet Frankfurt am Main—Offenbach am Main

1. **Orthop. Klinik Friedrichsheim, Frankfurt am Main** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	400 000,— DM

2. **Mathildenhospital, Büdingen** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	2 000 000,— DM
3. **Nordwest-Krankenhaus, Frankfurt am Main** Erneuerung der Lüftung des Küchenbereichs § 9 (3) KHG	800 000,— DM
4. **Bürgerhospital, Frankfurt am Main** Fassadensanierung § 9 (3) KHG	420 000,— DM
	3 620 000,— DM

e) Krankenhausversorgungsgebiet Wiesbaden—Limburg a. d. Lahn

1. **St. Valentinushaus, Kiedrich** Abstützungsmaßnahmen infolge eingetretener Bodenabsenkungen und bauliche Sanierung § 9 (1) KHG	700 000,— DM
2. **St. Josefs-Hospital, Wiesbaden** Maßnahmen zur Sicherstellung des Brandschutzes — III. Bauabschnitt — § 9 (1) und (3) KHG	1 000 000,— DM
3. **Paulinenstift, Wiesbaden** Fassadensanierung u. Dachsanierung am Kinderbau § 9 (1) und (3) KHG	4 500 000,— DM
4. **DRK-Krankenhaus, Wiesbaden** Sanierung Fußböden, Erweiterung Telefonanlage und Patientenrufanlage § 9 (3) KHG	1 600 000,— DM
5. **Deutsche Klinik für Diagnostik** Einrichtung eines Kernspintomographen § 9 (3) KHG	3 500 000,— DM
	11 300 000,— DM

f) Krankenhausversorgungsgebiet Darmstadt

1. **St. Marienkrankenhaus, Lampertheim** Erneuerung der Fenster § 9 (3) KHG	500 000,— DM
2. **Ev. Krankenhaus Lampertheim** Errichtung einer Aufwachstation § 9 (1) KHG	100 000,— DM
3. **St. Josef-Krankenhaus, Lorsch** Dacherneuerung mit Aufstockung zur Schaffung von fehlenden Nebenräumen § 9 (1) und (3) KHG	3 000 000,— DM
4. **St. Josef-Krankenhaus, Viernheim** Bauliche Erweiterung und Sanierung § 9 (1) KHG	12 500 000,— DM
	16 100 000,— DM

570

Krankenhausbedarfsplanung;

hier: Aufnahme einer Hebammenschule an den Städtischen Kliniken Wiesbaden in den Krankenhausplan des Landes Hessen

Nach Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungsverfahrens wird hierdurch festgestellt, daß die an den Städtischen Kliniken Wiesbaden eingerichtete Hebammenschule im geltenden Krankenhausplan des Landes Hessen aufgenommen ist.

Wiesbaden, 4. Juni 1985

Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales
III B 2 b — 18 c 04/03-20
StAnz. 26/1985 S. 1184

571

Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor hessischen Sozialgerichten

Auf Grund der mir durch Anordnung des Hessischen Sozialministers vom 18. Oktober 1977 (GVBl. I S. 416) übertragenen Zuständigkeit habe ich das mündliche Verhandeln vor Gerichten der hessischen Sozialgerichtsbarkeit gestattet:

Name u. Anschrift	zugelassen bei	durch Erlaubnisurkunde vom
Knippel, Hans Netzerstraße 21 8000 München 50	dem Sozialgericht Frankfurt und dem Hessischen Landessozialgericht für Verfahrensbeteiligte, die ihren Sitz, Wohnsitz oder Aufenthaltsort im Ausland haben, in Angelegenheiten der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten,	13. Mai 1985
Pfaff, Hans Georgstraße 43 6103 Griesheim	den Sozialgerichten Darmstadt, Frankfurt am Main, Fulda, Gießen, Kassel, Marburg, Wiesbaden sowie dem Hessischen Landessozialgericht für die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte auf dem Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung.	15. Mai 1985

Darmstadt, 13./21. Mai 1985

Der Präsident des Hessischen Landessozialgerichts
Sg. 3 — 54 p 06-05
StAnz. 26/1985 S. 1184

572

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

bei der Vollzugspolizei des Regierungspräsidenten in Kassel

ernannt:

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Erich Schuster, PK Homberg (1. 4. 85);

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Gerhard Baier, PSt Fritzlar, Werner Diele, PSt Frankenberg, Horst George, PSt Hünfeld, Klaus Kemper, PSt Sontra (sämtlich 1. 4. 85);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Joachim Rehbein, PSt Bad Wildungen, Rainer Schlabach, Wolfgang Goldschmidt, beide PK Bad Hersfeld, Heinz-Jürgen Heinemann, PSt Melsungen, Lothar Herschelmann, PK Eschwege, Helmut Möller, PSt Fulda (sämtlich 1. 4. 85);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Friedrich-Karl Block, PK Korbach, Werner Degenhardt, PSt Arolsen, Günter Dressler, PASt Kassel, Bernhard Ducke, PSt Fulda, Werner Knothe, PSt Rotenburg, Hans Sieling, PK Bad Hersfeld, Eberhard Nolte, PSt Melsungen, Manfred Werner, PK Homberg (sämtlich 1. 4. 85);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage die Polizeihauptmeister (BaL) Gerhard Bauer, PSt Schwalmstadt, Ferdinand Hagenbach, PSt Frankenberg, Karl-Heinz Schmiedel, PK Eschwege, Günter Weigand, PK Bad Hersfeld (sämtlich 1. 4. 85);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeimeister (BaP) Martin Schwalbach, PASt Petersberg (14. 2. 85), Peter Merhof, PK Korbach (5. 3. 85), Thomas Kra-

mer, PK Homberg (7. 4. 85), Tobias Münch, PSt Schwalmstadt (8. 4. 85), Horst Reis, PSt Arolsen (15. 4. 85), Bernd Rinner, PSt Rotenburg (19. 4. 85), Wolfgang Zarges, PSt Frankenberg (3. 5. 85), Dieter Wagner, PSt Schwalmstadt (4. 5. 85), Torsten Fähnrich (6. 5. 85), Rüdiger Bollerhei (14. 5. 85), Rüdiger Wagner, sämtlich PASt Kassel (19. 5. 85), Bernhard Klein, PSt Hilders (26. 5. 85);

in den Ruhestand versetzt:

Polizeihauptmeister (BaL) Adam Alter, PSt Fritzlar (31. 3. 85),

Kriminalhauptmeisterin Helga Ströhler, Fritzlar (30. 4. 85),

Polizeiobermeister (BaL) Bruno Gießmann, PSt Fulda (30. 4. 85);

entlassen:

Polizeiobermeister (BaL) Wilhelm Ortwein, PSt Bad Wildungen (31. 3. 85) gemäß § 41 HBG;

Kassel, 10./11. Juni 1985

Der Regierungspräsident
13 K/13 S 6 — 8 b 24 01
StAnz. 26/1985 S. 1184

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

im Ministerium

ernannt:

zur **Ministerialrätin** Regierungsdirektorin (BaL) Regine Reinert (22. 4. 85);

zu **Regierungsdirektoren** die Regierungsoberräte (BaL) Dipl.-Volksw., Dipl.-Handelslehrer Dr. Herbert Hirschler (1. 5. 85), Dr. Joachim Wagner (19. 4. 85);

zum **Regierungsdirektor z. A. (BaP)** Hochschulassistent Dipl.-Ökonom Dr. Horst Meixner (10. 4. 85);

zum/zur **Regierungsrat/in (BaL)** Regierungsrat/in z. A. (BaP) Dipl.-Ökonom Dr. Norbert Mager, Dipl.-Volksw. Gert Schäfer (beide 1. 6. 85), Dipl.-Volksw. Gabriele Purper (1. 1. 85);

zum **Techn. Amtsrat z. A. (BaP)** techn. Angestellter Dipl.-Ing. (FH) Karlheinz Ohlemacher (20. 3. 85);

zu **Amtmännern** Oberinspektor/in (BaL) Heinz Krämer, Ursula Rodek (beide 1. 4. 85);

zu **Techn. Oberinspektoren (BaL)** die Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP) Dipl.-Ing. (FH) Gerhard Braun (28. 3. 85), Dipl.-Ing. (FH) Rudolf Schanowski (8. 2. 85);

zur **Oberinspektorin** Inspektorin (BaL) Agathe Franzen (1. 4. 85);

zum **Sekretär** Assistent (BaL) Rainer Joseph (1. 4. 85);

in den Ruhestand versetzt:

Ministerialrat Horst Wagner (31. 1. 85) gem. § 51 Abs. 1 HBG,

Ltd. Ministerialrat Dr. Ehrhardt Koch (31. 5. 85), Regierungsdirektor Heinz Mitschke (30. 4. 85), beide gem. § 51 Abs. 3 HBG.

Wiesbaden, 11. Juni 1985

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
I b 2 — 7 o — 16-07-02
StAnz. 26/1985 S. 1185

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales

beim Landesarbeitsgericht Frankfurt am Main

ernannt:

zum/zu **Inspektor/innen z. A. (BaP)** Sabine Köpnick, Margit Schumacher (1. 3. 85), Joachim Seubert, Arbeitsgericht Hanau (22. 10. 84);

zum **Sekretär (BaL)** Oberamtsmeister Alfred Seubert (30. 4. 85);

versetzt:

vom Amtsgericht Bonn Inspektorin (BaL) Martina Fischer, Arbeitsgericht Frankfurt (1. 3. 85);

entlassen:

Rechtspflegeranwärterin (BaW) Silke Strobel (19. 11. 84) gem. § 41 HBG.

Frankfurt am Main, 14. Juni 1985

Der Präsident
des Landesarbeitsgerichts
Frankfurt am Main
55 f 276
StAnz. 26/1985 S. 1185

DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

573 DARMSTADT

Verordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage „Brunnen Ostheim I" der Kreiswerke Hanau GmbH vom 4. Juni 1985

Auf Antrag und zugunsten der Kreiswerke Hanau GmbH wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) i. d. F. vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373), i. V. m. mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) i. d. F. vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 153) für deren Trinkwassergewinnungsanlage ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1

Einteilung des Wasserschutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage der Kreiswerke Hanau GmbH, das sich auf Teile der Gemarkungen Heldenbergen, Ostheim und Windecken, Main-Kinzig-Kreis, erstreckt, wird in folgende Zonen eingeteilt:

Zone I (Fassungsbereich),
Zone II (Engere Schutzzone),
Zone III (Weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den dazugehörigen Plänen (Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10 000 und Katasterkarten im Maßstab 1 : 1 000 und 1 : 2 000), in denen diese Zonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
Zone II (Engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
Zone III (Weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2

Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich auf das Flurstück Flur 3 Nr. 9 (teilweise) der Gemarkung Ostheim.

Die östliche Seite des Fassungsbereiches verläuft in einem Abstand von 4 m parallel zu der östlichen Seite des Flurstückes Nr. 9.

Die südliche Seite verläuft in einem Abstand von 4 m parallel zu der südlichen Seite des Flurstückes Nr. 9.

Die nördliche Seite verläuft in einem Abstand von 3 m parallel zu der nördlichen Seite des Flurstückes Nr. 9.

Die westliche Seite verläuft vom westlichen Endpunkt der südlichen Seite des Fassungsbereiches 16 m entlang der westlichen Seite des Flurstückes Nr. 9 und von diesem Endpunkt 18 m in nordöstlicher Richtung (20 m östlich des nordwestlichen Eckpunktes des Flurstückes).

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die Engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Flur 3 der Gemarkung Ostheim:

Flurstücke Nrn. 10, 13 (westlicher Teil — im Osten durch die in nördlicher Richtung verlängerte östliche Seite des Flurstückes Nr. 15 begrenzt), 14 und 32 (jeweils nördlicher Teil — im Süden durch eine Gerade, die vom südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 15 in westlicher Richtung bis zur östlichen Seite des Flurstückes Nr. 33 [sechster Grenzstein nordwestlich des südlichsten Eckpunktes des Flurstückes Nr. 32] verläuft, begrenzt) und Flurstück Nr. 15.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Heldenbergen, Ostheim und Windecken:

Gemarkung Heldenbergen

Flur 15 östlicher Teil — im Westen durch eine Gerade, die von der östlichen Seite des Flurstückes Nr. 244 (63 m südöstlich des Polygonpunktes 451) in nordöstlicher Richtung bis zur nordwestlichen Seite eines im Bereich der Flur in nordöstlicher Richtung verlaufenden Weges (75 m östlich des nordwestlichen Eckpunktes) verläuft, und im Nordwesten durch eine Gerade, die 75 m östlich des nordwestlichen Eckpunktes des Weges 30 m in westlicher Richtung und von diesem Endpunkt in nordwestlicher Richtung bis zum südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 6 verläuft, und die südöstliche Seite des Flurstückes Nr. 6 begrenzt,

Gemarkung Ostheim

Flur 2 Flurstücke Nrn. 27—33,

Flur 3 die gesamte Flur (mit Ausnahme des Flurstückes Nr. 24),

Flur 5 Flurstücke Nrn. 64, 65, 69 (südwestlicher Teil — im Nordosten durch die in südwestlicher Richtung verlängerte nordöstliche Seite des Flurstückes Nr. 71 begrenzt), Flurstücke Nrn. 70, 71 und 72,

Gemarkung Windecken

Flur 11 teilweise — im Nordwesten durch die nordwestlichen Seiten der Flurstücke Nrn. 14 bis 19, im Südwesten durch die südwestliche Seite des Flurstückes Nr. 19, die südwestliche Seite des Flurstückes Nr. 37 einschließlich deren Verlängerung in südöstlicher Richtung bis zur südöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 38/2 (65 m nordöstlich des südlichsten Eckpunktes des Flurstückes Nr. 38/2), die nordwestliche Seite des Flurstückes Nr. 49 und im Süden durch die südliche und südöstliche Seite des Flurstückes Nr. 49, die östlichen Seiten der Flurstücke Nrn. 40 bis 48 und eine Gerade, die vom Polygonpunkt 425 in nördlicher Richtung bis zur nordöstlichen Seite des Flurstückes Nr. 114 (15 m nordwestlich des Knickpunktes) verläuft, begrenzt.

§ 3

Verbote

Alle Verbote, die für die Weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die Engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote der Engeren Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Weitere Schutzzone soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

Verboten sind:

a) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,

b) das Versenken und Versickern von radioaktiven Stoffen, Kühlwasser und Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, die Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben und Abwassergruben,

c) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),

d) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,

e) das Ablagern, Aufhalden oder Beseitigen durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen, z. B. Giften, auswaschbaren beständigen Chemikalien, Öl, Teer, Phenolen, chemischen Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmitteln, Rückständen von Erdölbohrungen,

f) das offene Lagern und Anwenden boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel,

g) das Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch und Dieselöl für den landwirtschaftlichen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,

h) Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende und radioaktive Stoffe,

i) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,

j) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe verwenden oder abstoßen,

k) das Verwenden von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken),

l) Kernreaktoren,

m) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,

n) Abfall-, Müll-, Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,

o) das Neuanlegen von Friedhöfen,

p) Rangierbahnhöfe,

q) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,

r) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, wenn keine ausreichenden Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers getroffen und eingehalten werden,

s) militärische Anlagen,

t) die Massentierhaltung,

u) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann,

v) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen und zum Herstellen von Kavernen.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die Engere Schutzzone soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu der Fassungsanlage besonders gefährdend sind.

Verboten sind:

a) die Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen und Gärfuttersilos,

b) Baustellen und Baustofflager,

c) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Güterumschlagsanlagen und Parkplätze,

d) Friedhöfe,

e) Campingplätze und Sportanlagen,

f) das Zelten und Lagern,

g) der Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,

h) Wagenwaschen und Ölwechsel,

i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,

j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißung schützender Deckschichten oder zu Einmuldungen und offenen Wasseransammlungen führt,

k) Sprengungen,

l) Intensivbeweidung, Viehansammlungen und Pferche,

m) die organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht,

n) die Überdüngung,

o) das offene Lagern und unsachgemäße Anwenden von Mineraldünger,

p) Gärfuttermieten,

q) Kleingärten und Gartenbaubetriebe,

r) das Lagern von Heizöl und Dieselöl,

s) der Transport radioaktiver oder wassergefahrdender Stoffe,

t) das Durchleiten von Abwasser,

u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,

v) Dräne und Vorflutgräben,

w) Fischteiche,

x) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen.

3. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlage vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Diese Fläche soll in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient. Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Verrichtungen sind so durchzuführen, daß das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird.

Verboten sind:

a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
b) das Errichten von Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
c) die landwirtschaftliche Nutzung,
d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
e) Fahr- und Fußgängerverkehr,
f) das Anwenden chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Wachstumsregelungsmittel,
g) die organische Düngung.

§ 4

Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Kreiswerke Hanau GmbH und der zuständigen staatlichen Behörden

a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
b) Beobachtungsstellen einrichten,
c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsbereich und der Engeren Schutzzone versehen,
g) an den in dem Fassungsbereich und der Engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

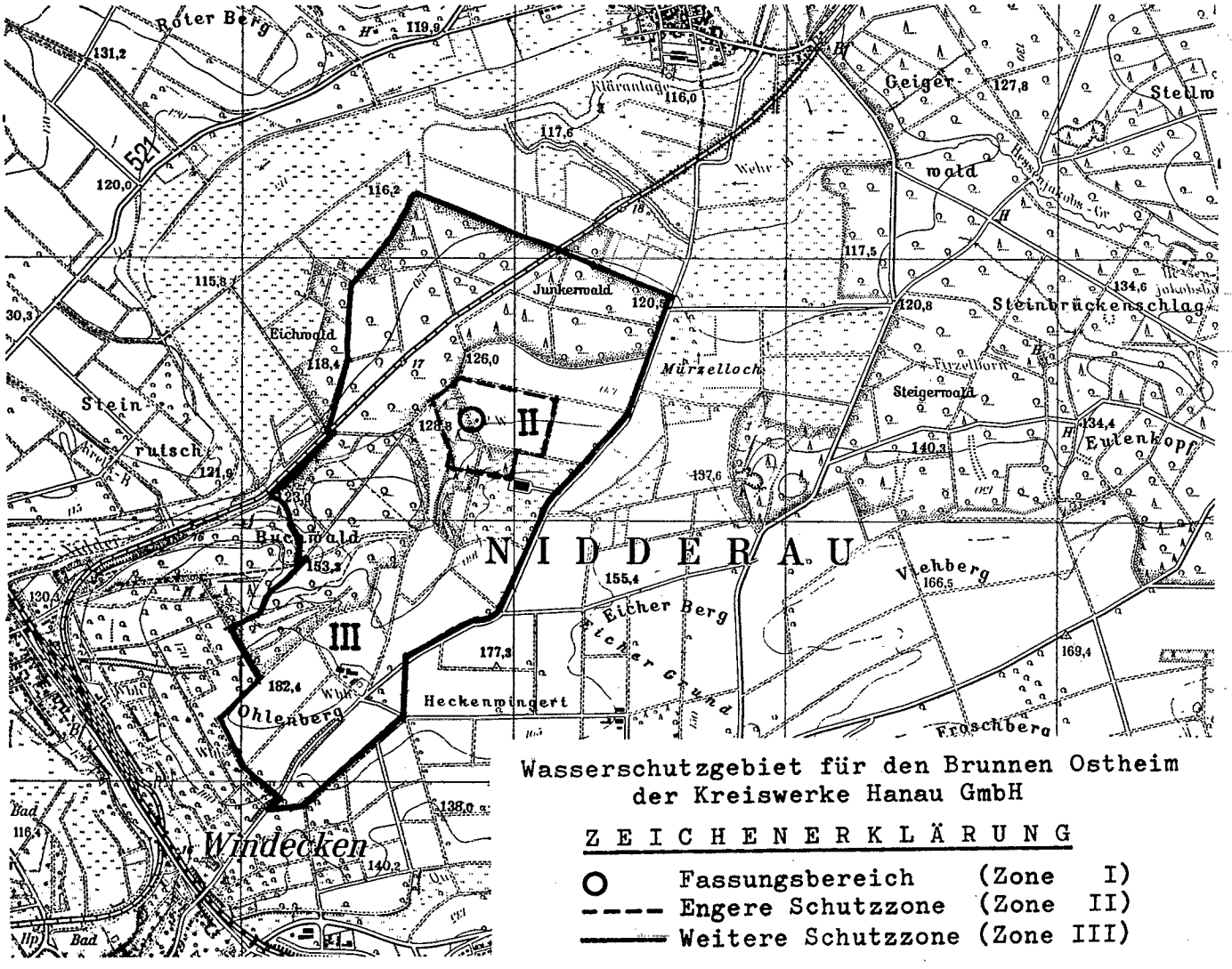
Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des Wasserschutzgebietes sind die Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Regierungspräsident in Darmstadt als obere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen.

Er kann auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.



Wasserschutzgebiet für den Brunnen Ostheim der Kreiswerke Hanau GmbH

ZEICHENERKLÄRUNG

O Fassungsbereich (Zone I)
---- Engere Schutzzone (Zone II)
——— Weitere Schutzzone (Zone III)

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, obere Wasserbehörde, Rheinstraße 62, 6100 Darmstadt,
2. dem Landrat des Main-Kinzig-Kreises, untere Wasserbehörde, Eugen-Kaiser-Str. 10, 6450 Hanau,
3. dem Landrat des Main-Kinzig-Kreises, Katasteramt, Am Freiheitsplatz 2, 6450 Hanau,
4. dem Kreisausschuß des Main-Kinzig-Kreises, unter Bauaufsichtsbehörde, Eugen-Kaiser-Str. 9, 6450 Hanau,
5. dem Kreisausschuß des Main-Kinzig-Kreises, Kreisgesundheitsamt, Eugen-Kaiser-Str. 10, 6450 Hanau,
6. dem Wasserwirtschaftsamt Friedberg, — Außenstelle Hanau —, Freiheitsplatz 2—4, 6450 Hanau,
7. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung, Leberberg 9, 6200 Wiesbaden,
8. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, Aarstraße 1, 6200 Wiesbaden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 4. Juni 1985

Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. B a c h

StAnz. 26/1985 S. 1185

574

Wohnplatzverzeichnis;

h i e r : Umbenennung des Wohnplatzes „An der Landwehr" in der Stadt Groß-Umstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg

Auf Antrag der Stadt Groß-Umstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg, wird der in ihrem Gebiet gelegene Wohnplatz „An der Landwehr" in „An der Landwehr (Hgr.)" gemäß § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung umbenannt.

Darmstadt, 11. Juni 1985

Der Regierungspräsident
II 1/12 a — 3 k 02/05 (2)

StAnz. 26/1985 S. 1188

575

Durchführung des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG);

h i e r : Neubau einer Funkübertragungsstelle (Richtfunkverbindung) der Deutschen Bundespost — OPD Frankfurt am Main — von Ludwigshafen/Mannheim nach Lindenfels

Zur Abstimmung der jeweiligen geplanten Maßnahme mit raumbedeutsamen Planungen anderer Planungsträger und Stellen und zur Feststellung ihrer Vereinbarkeit mit den Belangen der Landesplanung ist das o. g. Raumordnungsverfahren eingeleitet worden. Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei — als oberste Landesplanungsbehörde hat mich beauftragt, für das o. a. Vorhaben, soweit es hessisches Gebiet betrifft, ein Raumordnungsverfahren gemäß § 11 HLPG durchzuführen. Beteiligt sind die in § 8 Abs. 2 des Hessischen Landesplanungsgesetzes genannten Stellen.

Darmstadt, 11. Juni 1985

Der Regierungspräsident
VII 54 — 93 d 10/05 (E 31)

StAnz. 26/1985 S. 1188

576

Genehmigung der Rolf-Sammet-Stiftung, Sitz Frankfurt am Main

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches i. V. m. § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) i. d. F. vom 1. April 1978 (GVBl. I S. 109) habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 4. Juni 1985 errichtete Rolf-Sammet-Stiftung, Sitz Frankfurt am Main, mit Stiftungsurkunde vom 4. Juni 1985 genehmigt.

Darmstadt, 10. Juni 1985

Der Regierungspräsident
III 6/11 a — 25 d 04/11 (15) — 217

StAnz. 26/1985 S. 1188

577

Ungültigkeitserklärung eines Landessiegels

Beim Magistrat der Stadt Raunheim ist das folgende Landessiegel entwendet worden:

Landessiegel Nr. 1 (Durchmesser 2 cm) mit der umlaufenden Aufschrift:

„Der Standesbeamte in Raunheim — 1 —".

In der Mitte des Siegels ist die Wappenfigur des Landes dargestellt.

Das vorstehende Siegel wird hiermit für ungültig erklärt; jede weitere Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Darmstadt, 12. Juni 1985

Der Regierungspräsident
I 1/1 — 5 e 08/13 (91)

StAnz. 26/1985 S. 1188

578 GIESSEN

Auflösung des Pferde- und Rindviehversicherungsvereins a. G., Hünfelden-Mensfelden, Landkreis Limburg-Weilburg

Der Pferde- und Rindviehversicherungsverein a. G., Hünfelden 5, Landkreis Limburg-Weilburg, hat durch außerordentliche Mitgliederversammlung am 22. Februar 1985 die Auflösung beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Gießen, 7. Mai 1985

Der Regierungspräsident
11-25 d 04/15 — (3) — 7

StAnz. 26/1985 S. 1188

579

Auflösung des Rindviehversicherungsvereins a. G., Aßlar-Bermoll, Lahn-Dill-Kreis

Der Rindviehversicherungsverein a. G., Aßlar-Bermoll, Lahn-Dill-Kreis, hat durch ordentliche Mitgliederversammlung vom 4. Januar 1985 die Auflösung beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Gießen, 8. Mai 1985

Der Regierungspräsident
11-25 d 04/15 — (2) — 47

StAnz. 26/1985 S. 1188

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1985 MONTAG, 1. JULI 1985 Nr. 26

Aufgebot

3197

C 328/85: Die Bankers Trust GmbH aus Frankfurt am Main, Bockenheimer Landstr. 39, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Grundschuldbriefs über die im Grundbuch von Meerholz, Band 57, Blatt 1466, in Abt. III Nr. 2 für die Eheleute Bankkaufmann Siegfried Hermann August Buchta und Gerda Buchta geb. Haspel, beide in 6460 Gelnhausen-Meerholz, Untere Röde 15, als Gesamtgläubiger eingetragene mit 16 Prozent verzinsliche Grundschuld von 10 000,— DM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 20. Februar 1986, 8.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Saal 11, Gebäude A, anberaumten Augebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, ansonsten die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

6460 Gelnhausen, 10. 6. 1985 **Amtsgericht**

Güterrechtsregister

3198

GR 561 — **Neueintragung** — 4. 6. 1985: Eheleute Postbeamter Erich Schneider und Brigitte Martha Erna geb. Haupt, beide in Heidenrod 3. Durch notariellen Vertrag vom 9. April 1985 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft ausgeschlossen.

6208 Bad Schwalbach, 30. 5. 1985 **Amtsgericht**

3199

GR 635 — **Neueintragung** — 7. 5. 1985: Koch, Franz Ewald, Bäckermeister, Kegelbahnstr. 62, Freigericht, Ortsteil Altenmittlau, und Birgit geb. Gattinger. Durch Vertrag vom 28. Februar 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 7. 5. 1985 **Amtsgericht**

3200

GR 636 — **Neueintragung** — 10. 6. 1985: Lorenz, geb. Flassig, Ronald Sigmar, Am Kandelrain 3, Gelnhausen, Stadtteil Haitz und Erika Hildegard Lorenz. Durch Vertrag vom 26. April 1985 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft ausgeschlossen.

6460 Gelnhausen, 10. 6. 1985 **Amtsgericht**

3201

GR n 637 — **Neueintragung** — 13. 6. 1985: Fischer, Heinrich, Gärtnermeister, Leipziger Str. 26, 6466 Gründau, Ortsteil Lieblos, und Sabine Sigrid geb. Fahlteich. Durch Vertrag vom 21. Februar 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3202

GR 2726 — **Neueintragung** — 14. 6. 1985: Eheleute Freilinger, Michael Wilhelm, geb. 31. 1. 1952, und Renate geb. Maar, geb. 4. 4. 1953, Gießen-Wieseck. Durch Vertrag vom 28. März 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6300 Gießen, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3203

8 GR 618 — **Änderung** — 11. 6. 1985: Eheleute Bauingenieur Hans-Joachim Hesse und Eleonore Linda Hesse geb. Hiermann, beide wohnhaft in Königstein (Taunus). In der notariellen Urkunde vom 11. April 1985 ist die Aufhebung des vertraglich vereinbarten Güterstandes der Gütertrennung und die Geltung des gesetzlichen Güterstandes vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 11. 6. 1985 **Amtsgericht**

3204

8 GR 729 — **Neueintragung** — 13. 6. 1985: Johannes Thomas Hempe, geb. 25. 10. 1956, Rita Agnes Hempe geb. Kolodziej, geb. 21. 12. 1955, Gabelsberger Str. 38, 6070 Langen. Durch Vertrag vom 30. April 1985 vor Notar Dr. Rosenkranz jun., Langen, UR-Nr. 214/85, ist Gütertrennung vereinbart.

6070 Langen, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3205

GR 1217 — **Neueintragung** — 12. 6. 1985: Andreas Titze und Katrin Titze geb. Grebe, Baumgarten 9, 3550 Marburg-Schröck. Durch notariellen Vertrag vom 9. Mai 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

3550 Marburg, 12. 6. 1985 **Amtsgericht**

3206

GR 1218 — **Neueintragung** — 12. 6. 1985: Dr. Guillaume Klein, Arzt, In der Wann 60, 3550 Marburg, und Eva-Maria Klein geb. Koschnitzke, Sudetenstraße 12 a, 3559 Battenberg. Durch notariellen Vertrag vom 15. April 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

3550 Marburg, 12. 6. 1985 **Amtsgericht**

3207

Neueintragungen beim Amtsgericht Offenbach am Main

GR 4969 — 13. 6. 1985: Eheleute Horst Harald Wild und Charlotte geb. Katz in Obertshausen. Durch notariellen Vertrag vom 20. Juni 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4970 — 13. 6. 1985: Eheleute Bernhard Astraschewsky und Hermine geb. Giebeler in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 21. März 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4971 — 13. 6. 1985: Eheleute Helmut Anton Martin Hoppen und Bente Solberg geb. Nielsen in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 5. Juli 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4972 — 13. 6. 1985: Eheleute Willy Honig und Vesna geb. Kljucaric in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 22. April 1985 ist Gütertrennung vereinbart.

6050 Offenbach am Main, 13. 6. 1985 **Amtsgericht, Abt. 5**

3208

GR 662 — **Neueintragung** — 14. 6. 1985: Tierarzt Dr. med. vet. Dieter Vahldieck und Silvia Vahldieck geb. Beutler, in 6290 Weilburg, Auf den hohen Gräben 7. Durch Ehevertrag vom 22. November 1984 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 14. 6. 1985 **Amtsgericht**

3209

GR 663 — **Neueintragung** — 18. 6. 1985: Studienrat Friedrich Pollok und Urszula geb. Pedziwiatr, 6290 Weilburg-Hasselbach, Nelkenstraße 16. Durch Vertrag vom 29. August 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3210

GR 542 — **Neueintragung** — 19. 6. 1985: Reiner Wenderoth und Margot Wenderoth geb. Haupt, beide wohnhaft Riedweg 13, 3436 Hessisch-Lichtenau. Durch Vertrag vom 12. April 1985 haben die Eheleute das Recht, sich gegenseitig im Rahmen der Besorgung von Geschäften zur Deckung des angemessenen Lebensbedarfs der Familie zu verpflichten (§ 1357 BGB) ausgeschlossen.

3430 Witzenhausen, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

Vereinsregister

3211

VR 233 — **Neueintragung** — 19. 6. 1985: Vereinigung ehemaliger Schüler des Christian-Rauch-Gymnasiums zu Arolsen e. V., Arolsen.

3548 Arolsen, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3212

VR 412 — **Neueintragung** — 11. 6. 1985: Musikfreunde Strinz-Margarethä 1978 e. V., mit dem Sitz in Hohenstein 4.

6208 Bad Schwalbach, 5. 6. 1985 **Amtsgericht**

3213

VR 413 — **Neueintragung** — 12. 6. 1985: Türkisch-Islamischer Verein Bad Schwalbach und Umgebung mit dem Sitz in Bad Schwalbach.

6208 Bad Schwalbach, 29. 5. 1985 **Amtsgericht**

3214

4 VR 543 — **Neueintragung** — 14. 6. 1985: Turn- und Sportverein Gadernheim, Lautertal-Gadernheim.

6140 Bensheim, 14. 6. 1985 **Amtsgericht**

3215

VR 335 — **Löschung** — 18. 6. 1985: Lebenshilfe für geistig Behinderte — Kreisvereinigung Biedenkopf, Biedenkopf: Die Mitgliederversammlung vom 11. April 1985 hat die Auflösung des Vereins beschlossen. Der Verein ist erloschen.

3560 Biedenkopf, 7. 6. 1985 **Amtsgericht**

3216

8 VR 607 — **Neueintragung** — 14. 6. 1985: Tenniskreis Darmstadt-Dieburg; Sitz: 6110 Dieburg.

6110 Dieburg, 14. 6. 1985 **Amtsgericht**

3217

VR 290 — **Neueintragung** — 13. 6. 1985: Männergesangverein 1885 Ellershausen, Frankenau-Ellershausen.

3558 Frankenberg (Eder), 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3218

VR 633 — **Neueintragung** — 19. 6. 1985: Trägerverein Friedberger Musikschule, Friedberg (Hessen).

6360 Friedberg (Hessen), 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3219

VR 300 — **Neueintragung** — 20. 6. 1985: Zwestener Schwimm-Club, Zwesten.

3580 Fritzlar, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

3220

VR 369 — **Neueintragung** — 21. 6. 1985: Wanderfreunde „Erzberg 1985" Fürth/Odw. in Fürth/Odw.

6149 Fürth, 21. 6. 1985 **Amtsgericht**

3221

5 VR 857 — **Neueintragung** — 14. 6. 1985: TCB. Johannisau Fulda in Fulda.

6400 Fulda, 14. 6. 1985 **Amtsgericht**

3222

5 VR 858 — **Neueintragung** — 13. 6. 1985: Fachverband für das Straßenverkehrswesen in Fulda.

6400 Fulda, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3223

VR 1494 — **Neueintragung** — 14. 6. 1985: Verein der Förderer des Babynotarztwagens Gießen, Gießen.

6300 Gießen, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3224

6 VR 722 — **Neueintragung** — 11. 6. 1985: Kleintierzuchtverein H 391 Geinsheim e. V., Trebur-Geinsheim.

6080 Groß-Gerau, 14. 6. 1985 **Amtsgericht**

3225

VR 239 — **Neueintragung** — 20. 5. 1985: Katholischer Kirchbauverein der Kuratiegemeinde Wölf/Kapelle Oberweisenborn e. V., Eiterfeld-Oberweisenborn, Kreis Fulda.

6418 Hünfeld, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3226

VR 240 — **Neueintragung** — 29. 5. 1985: Musikverein Wölf e. V., Eiterfeld-Wölf, Kreis Fulda.

6418 Hünfeld, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3227

VR 241 — **Neueintragung** — 29. 5. 1985: Männergesangverein „Concordia" Nüsttal-Morles e. V., Nüsttal-Morles, Kreis Fulda.

6418 Hünfeld, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3228

VR 392 — **Neueintragung** — 12. 6. 1985: Deutsch-ausländischer Freundschaftskreis Idstein und Umgebung, Idstein/Ts.

6270 Idstein, 31. 5. 1985 **Amtsgericht**

3229

8 VR 707 — **Neueintragung** — 19. 6. 1985: Automobil-Museum, Eppstein e. V., Eppstein (Taunus).

6240 Königstein im Taunus, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3230

7 VR 572 — **Neueintragung** — 18. 6. 1985: Mauerblumen? Sitz: 6250 Limburg 1.

6250 Limburg a. d. Lahn, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3231

VR 1277 — **Neueintragung** — 12. 6. 1985: Vogelschutzgruppe Lohra, Sitz: Lohra.

3550 Marburg, 12. 6. 1985 **Amtsgericht**

3232

VR 344 — **Neueintragung** — 20. 6. 1985: Hallensportverein Cornberg, Sitz: 6441 Cornberg.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 10. 6. 1985 **Amtsgericht**

3233

VR 345 — **Neueintragung** — 20. 6. 1985: 1. Internationaler Umweltschutzverband der Humuswurmzüchter, Sitz: 6440 Bebra.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3234

VR 380 — **Neueintragung** — 20. 6. 1985: 1. F.C. Maroc, Rüsselsheim.

6090 Rüsselsheim, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

3235

VR 360 — **Neueintragung** — 18. 5. 1985: „Freiwillige Feuerwehr Michelbach", Usingen.

6390 Usingen, 18. 5. 1985 **Amtsgericht**

3236

VR 361 — **Neueintragung** — 11. 6. 1985: Verein für Rehabilitationshilfe Emmershäuser Mühle, Weilrod.

6390 Usingen, 11. 6. 1985 **Amtsgericht**

3237

VR 459 — **Neueintragung** — 18. 6. 1985: Nirrershäuser Dreschflejel, in Löhnberg-Niedershausen.

6290 Weilburg, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

Vergleiche – Konkurse

3238

N 14/85 — **Beschluß:** Über das Vermögen des **Maurermeisters Werner Reinhold Schmitt, geb. am 24. 2. 1948, wohnhaft Kasseler Str. 38, 6322 Kirtorf-Arnshain,** wird heute, 13. Juni 1985, 11.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Grund: Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Dipl.-Kaufmann Herbert Müller, Menzelweg 4, 6320 Alsfeld.

Konkursforderungen sind bis zum 26. Juli 1985 schriftlich zweifach, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung gem. §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am

Mittwoch, 10. Juli 1985, 10.00 Uhr, im Saal 17 des Gerichtsgebäudes in Alsfeld. Prüfungstermin am

Montag, 19. August 1985, 10.00 Uhr, an gleicher Stelle. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 19. Juli 1985 ist angeordnet.

6320 Alsfeld, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3239

N 24/80 — **Beschluß** in dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Hohenrodaer Hotelbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, 6431 Hohenroda,** gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Peter Clemenz, 6431 Hohenroda, Raiffeisenstraße 25.

1. Das Verfahren wird mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Masse eingestellt.

2. Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 6 840,— DM zuzüglich 7% Mehrwertsteuer festgesetzt.

3. Der Antrag der Gläubigerausschußmitglieder auf Festsetzung von Vergütung und Auslagen wird zurückgewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 11. 6. 1985 **Amtsgericht**

3240

6 N 51/85 — **Beschluß:** Im Konkursantragsverfahren betreffend den **Kaufmann Hans Best, 6370 Oberursel/Ts., An der Billweise 21,** wird heute, am 13. Juni 1985, 12.00 Uhr, die Sequestration angeordnet und ein allgemeines Verfügungsverbot gegen den Schuldner verhängt. Verfügungen durfen nur mit Zustimmung des Sequesters erfolgen.

Zum Sequester wird bestellt: Rechtsanwalt Hans-Joachim Caesar, Landgraf-Philipp-Str. 9, 6000 Frankfurt am Main 50, Tel. 0 69/52 01 76.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3241

61 N 26/75: Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Ries-Bau GmbH, Darmstadt-Eberstadt.**

Schlußtermin wird bestimmt auf

Donnerstag, den 15. August 1985, 10.00 Uhr, Saal 8, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, mit folgender Tagesordnung:

a) Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters; b) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis; c) Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände.

6100 Darmstadt, 18. 6. 1985 ***Amtsgericht, Abt. 61***

3242

61 N 151/84 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Dr. Kurt Menn, Inhaber eines Textileinzelhandelsgeschäftes in Darmstadt** wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf

Dienstag, 16. Juli 1985, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Zimmer 208, bestimmt.

6100 Darmstadt, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3243

61 N 7/76 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Roland Heinrich, Friedrich-Schaefer-Straße 1, 6108 Weiterstadt,** wird eine Gläubigerversammlung im Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, **Saal 8,** im Erdgeschoß auf

Dienstag, 23. Juli 1985, 14.00 Uhr, einberufen.

Tagesordnung: Genehmigung der Veräußerung des auf den Namen des Gemeinschuld-

ners im Grundbuch von Weiterstadt, Band 63, Blatt 2982, eingetragenen Grundbesitzes, lfd. Nr. 5, Gemarkung Weiterstadt, Flur 4, Flurstück 145/2, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Schaefer-Straße 1, Größe 42,79 Ar, durch den Konkursverwalter gemäß § 134 Ziff. 1. KO.

6100 Darmstadt, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3244

61 N 71/85: Über das Vermögen des **Dr. Fred Winkel, Zahnarzt, Herdweg 81, 6100 Darmstadt,** ist am 14. Juni 1985, 16.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Helmut Seipel, Adelungstraße 16, 6100 Darmstadt, Tel. 0 61 51/2 68 61-63.

Anmeldefrist: 31. August 1985.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht: 30. Juni 1985.

Gläubigerversammlungen im Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Str. 15, Saal 8

1. am 6. August 1985, 11.30 Uhr, zur Beschlußfassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gemäß §§ 132, 134 und 137 KO

2. am 26. September 1985, 11.30 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

6100 Darmstadt, 14. 6. 1985
Amtsgericht, Abt. 61

3245

3 N 5/85: In dem Nachlaßkonkursverfahren **Barbara Krämer geb. Hotz, 6114 Groß-Umstadt,** soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 5 118,51 DM, zu berücksichtigen sind Forderungen von 66 793,75 DM. Das Schlußverzeichnis liegt bei dem Amtsgericht Dieburg aus.

6116 Eppertshausen, 14. 6. 1985
Der Konkursverwalter
Dr. Reiner Schlosser
Rechtsanwalt

3246

81 N 120/85 — **Beschluß:** In dem Nachlaßkonkursverfahren des am 7. 9. 1984 verstorbenen **Jürgen Stock, zuletzt wohnhaft Marbachweg 280, 6000 Frankfurt am Main,** wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf

Freitag, 19. Juli 1985, vorm. 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Geb. D, Zeil 42, IV. Stock, Zimmer 435, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 5 000,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 33,44 DM festgesetzt.

6000 Frankfurt am Main, 3. 5. 1985
Amtsgericht, Abt. 81

3247

81 N 162/84 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Fa. FOTO-KOCH Hans Koch GmbH & Co. Kommanditgesellschaft,** gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Fa. KOCH FOTO-MARKETING Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, diese vertreten durch die Geschäftsführer Hans Koch, Edelgard Koch geb. Rau und Lothar Gennrich, Schweizer Str. 22 a, 6000 Frankfurt am Main 70, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den

30. Juli 1985, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 124, anberaumt.

Für den Konkursverwalter sind festgesetzt: Vergütung: 19 950,— DM zuzüglich Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Vergütungsverordnung. Auslagen: 532,84 DM einschließl. gesetzlicher Mehrwertsteuer.

6000 Frankfurt am Main, 11. 6. 1985
Amtsgericht, Abt. 81

3248

4 N 18/85: Über das Vermögen der **Firma RENTUM Mietkontor Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft m.b.H. in Liquidation, Niedernhausen-Engenhahn, Im Grund 16,** ist am 18. Juni 1985, 10.45 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Michael Barwinski, Bahnhofstraße 59, 6200 Wiesbaden.

Konkursforderungen sind bis 30. August 1985 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände:

6. August 1985, 9.00 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen

17. September 1985, 9.00 Uhr, im Amtsgericht Idstein, Gerichtsstr. 1, Zimmer 15.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 23. Juli 1985 anzeigen.

6270 Idstein, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3249

65 N 129/83: Das am 2. August 1983 über das Vermögen der **Firma Georg Schüßler GmbH & Co. KG Elektroinstallationen,** vertreten durch die Georg Schüßler GmbH, diese vertreten durch den Geschäftsführer Walter Ries, Kurt-Wolters-Straße 29, 3500 Kassel, eröffnete Konkursverfahren ist mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse **eingestellt** (§ 204 KO).

3500 Kassel, 5. 6. 1985 **Amtsgericht, Abt. 65**

3250

65 N 66/79: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Bauunternehmers Christian Carl, Inhaber der Firma Georg Carl u. Sohn in Schauenburg II, Raiffeisenstraße 16** (HRA 8113) ist nach Abhaltung des Schlußtermins **aufgehoben.**

3500 Kassel, 7. 6. 1985 **Amtsgericht, Abt. 65**

3251

65 N 98/83: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Fa. Videoplay GmbH, Kassel, Kurt-Schumacher-Str. 18,** Az. 65 N 98/83 Amtsgericht Kassel, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar ist ein Massebestand von derzeit 19 408,— DM. Hiervon abzusetzen sind noch die festzusetzende Konkursverwaltervergütung sowie die restlichen Gerichtskosten. Zu berücksichtigen sind die im Schlußverzeichnis festgestellten Forderungen der Rangklasse 61 Ziff. I KO in Höhe von 1 369,63 DM, der Rangklasse 61 Ziff. II KO in Höhe von 13 048,63 DM, der Rangklasse 61 Ziff. III KO in Höhe von 341,50 DM, der Rangklasse 61 Ziff. VI KO in Höhe von 86 515,49 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme durch die Beteiligten aus beim Konkursgericht des Amtsgerichts Kassel zu den dort üblichen Geschäftszeiten.

3500 Kassel, 30. 5. 1985
Der Konkursverwalter
K. Bechmann
Rechtsanwalt

3252

62 N 5/84: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma MARA-PESCHKE-MASCHINEN-VERTRIEBS-GmbH, Kaiser-Friedrich-Ring 80, Wiesbaden,** Az.: 62 N 5/84 Amtsgericht Wiesbaden, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 421 450,82 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten und die in die Masseschuldtabelle aufgenommenen Masseverbindlichkeiten von zur Zeit 226 985,40 DM.

Zu berücksichtigen sind 254 258,98 DM bevorrechtigte und 233 489,64 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, auf.

6457 Maintal 2, 20. 6. 1985
Der Konkursverwalter
Kneller
Rechtsanwalt

3253

N 31/85: Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen der **Frau Christel Rupprecht, Am Sonnenberg 24, 6126 Brombachtal.** Am 20. Juni 1985 ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

6120 Michelstadt, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

3254

N 19/85: Über das Vermögen der **Firma Behindertenhilfe Haus Irmgard GmbH,** vertreten durch die Geschäftsführerin Irmgard Anna Huber, Daimlerstr. 14, 6452 Hainburg — Bevollmächtigter: Steuerberater Gerhard Huber, Daimlerstr. 14, 6452 Hainburg — wird heute, am 20. Juni 1985, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Grund: Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Peter Geier, Rudolf-Marburg-Str. 24, 6120 Michelstadt.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis: 31. August 1985.

Vor dem Amtsgericht Raum 129, I. Stock, Erbacher Str. 47 werden folgende Termine abgehalten:

Donnerstag, den 25. Juli 1985: Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

Donnerstag, den 19. September 1985: Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen (jeweils um 10.00 Uhr).

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung

verlangt, dem Verwalter bis zum 31. August 1985 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Volksbank Odenwald eG, 6120 Michelstadt.

6120 Michelstadt, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

3255

7 N 121/85: In der Konkursantragssache der **Fa. Gebrüder Klingspor GmbH & Co.**, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Fa. Offenbacher Industrie-Beteiligungs-GmbH, diese vertreten durch den Geschäftsführer Helmut Tönnies, Ludwigstr. 136–142, Offenbach am Main, ist über den Konkursantrag vom 14. Juni 1985 noch nicht entschieden. Bis zur Entscheidung über diesen Antrag wird gem. § 106 KO zur Sicherung der Masse bestimmt:

Es wird heute um 10.15 Uhr der Schuldnerin verboten, Gegenstände des Vermögens zu veräußern oder zu belasten (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

6050 Offenbach am Main, 19. 6. 1985
Amtsgericht

3256

7 N 122/85: In der Konkursantragssache der **Firma Offenbacher Industriebeteiligungsgesellschaft mbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Kaufmann Helmut Tönnies, Ludwigstr. 136—142, Offenbach am Main, ist über den Konkursantrag vom 14. Juni 1985 noch nicht entschieden. Bis zur Entscheidung über diesen Antrag wird gemäß § 106 KO zur Sicherung der Masse bestimmt:

Es wird heute um 10.15 Uhr der Schuldnerin verboten, Gegenstände des Vermögens zu veräußern oder zu belasten (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

6050 Offenbach am Main, 19. 6. 1985
Amtsgericht

3257

4 N 34/82: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Weiss Bau GmbH, Stahlstr. 38, 6090 Rüsselsheim**, wird mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 15 263,90 DM, seine Auslagen werden auf 600,— DM, jeweils einschließlich Mehrwertsteuer, festgesetzt.

6090 Rüsselsheim, 23. 5. 1985 **Amtsgericht**

3258

62 N 53/81: **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Omnia-Servicegesellschaft für Kommunikation GmbH, Mainz-Kastel, Wiesbadener Str. 63**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf

Mittwoch, den 14. August 1985, 10.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung evtl. nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird zuzüglich 7% Mehrwertsteuer auf 28 000,— DM (achtundzwanzigtausend), die zu erstattenden Auslagen werden auf 200,— DM festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 10. 6. 1985
Amtsgericht, Abt. 62

3259

62 N 53/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma OMNIA Servicegesellschaft für Kommunikation GmbH, früher Mainz-Kastel, Wiesbadener Straße 63**, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Wiesbaden niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt in der Rangklasse I 38 780,55 DM. Es ist ein Massebestand von 45 147,97 DM verfügbar, wovon noch Masseschulden und Massekosten abzusetzen sind. Die bevorrechtigten Gläubiger der Rangklasse I erhalten eine Quote, die übrigen Konkursgläubiger fallen aus.

6200 Wiesbaden, 18. 6. 1985
Der Konkursverwalter
Georg Freiherr Grote
Rechtsanwalt

3260

62 N 5/84 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Mara Peschke — Maschinen-Vertriebs-GmbH, früher Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 80**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf

Mittwoch, 21. August 1985, 14.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird zuzüglich 7% Mehrwertsteuer auf 74 550,— DM (vierundsiebzigtausendfünfhundertfünfzig), die zu erstattenden Auslagen werden auf 5 306,36 DM festgesetzt (einschließlich Mehrwertsteuer).

6200 Wiesbaden, 13. 6. 1985
Amtsgericht, Abt. 62

3261

62 N 138/81 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Textilkaufmannes Friedhelm Bosel, Am Stadtwald 95, 5300 Bonn**, Inhaber des Textilhandelsgeschäfts unter Firma Rodier-Spezialgeschäft, Inhaber Friedhelm Bosel, Marktstraße 27, Wiesbaden, ist mangels Masse **eingestellt.**

6200 Wiesbaden, 12. 6. 1985 **Amtsgericht**

3262

2 N 6/85: Über das Vermögen der **Firma GfB-Gesellschaft für Bauplanung und schlüsselfertiges Bauen mit beschränkter Haftung, Friedrich-Ebert-Straße 163, 3500 Kassel**, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer a) Kaufmann Max Rudolf Arnold, Oderweg 4, 3501 Zierenberg, b) Dipl.-Ing. Heinz-Jürgen Piek, Schöne Aussicht 16, 3512 Reinhardshagen, c) Dipl.-Kaufmann Gerhard Burg, Schilfweg 13, 3503 Lohfelden, ist am 18. Juni 1985, 12.08 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Volker Klippert, Königsplatz 59, 3500 Kassel.

Anmeldefrist bis zum 30. November 1985.

Offener Arrest mit Anzeigefrist bis zum 1. September 1985.

1. Gläubigerversammlung im Amtsgericht Wolfhagen, 1. Obergeschoß, Zimmer 13 am 11. September 1985, 10.00 Uhr, zur Beschlußfassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gemäß §§ 132, 134 und 137 KO,

2. am 18. Dezember 1985, 10.00 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

3549 Wolfhagen, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3263

K 40/84: Das im Grundbuch von Homberg, Bezirk Alsfeld, Band 46, Blatt 1848, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Homberg, Flur 12, Flurstück 89, Hof- und Gebäudefläche, Ostring 8, Größe 8,14 Ar,

soll am Freitag, dem 16. August 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer Nr. 17, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 8. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dachdecker Hermann Röhrig und Ehefrau Ilse geborene Pfeil, Ostring 11, Homberg/Ohm, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 266 280,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 10. 5. 1985 **Amtsgericht**

3264

K 46/83: Das im Grundbuch von Herfa, Band 22, Blatt 582, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Herfa, Flur 4, Flurstück 9/36, Hof- und Gebäudefläche, Honebacherstraße 15, Größe 6,44 Ar,

soll am Mittwoch, dem 23. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 8. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anna Elisabeth Spieß geb. Sangmeister.

Wert nach § 74 a ZVG: 199 140,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 31. 5. 1985 **Amtsgericht**

3265

6 K 34/84 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Dil-

lingen, Band 45, Blatt 1305, Gemarkung Dillingen,
Flur 4, Flurstück 288, Gebäude- und Freifläche, Hoher Weg 2 und 4, Größe 8,46 Ar,
Flur 4, Flurstück 289, Gebäude- und Freifläche, Hoher Weg, Größe 8,29 Ar; das Flurstück 289 ist nicht bebaut;
soll am Dienstag, dem 23. Juli 1985, 8.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümerin am 20. 7. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Krück, Monika geb. Berthold, geb. 30. 4. 1941, Mittelstedter Straße 26, 6370 Oberursel (Taunus) 4.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf 1 230 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 12. 6. 1985
Amtsgericht

3266

6 K 38/84 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Köppern, Band 126, Blatt 3557,
Gemarkung Köppern, Flur 18, Flurstück 31, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Köpperner Straße 116, Größe 5,17 Ar,
soll am Dienstag, dem 27. August 1985, 8.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 18. 6. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
a) Domitran, Janko, geb. 11. 4. 1939, Höhestr. 34, Bad Homburg v. d. Höhe,
b) Steffens, Uwe Wolfgang, geb. 7. 9. 1944, Hölderlinweg 40, Bad Homburg v. d. Höhe, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 250 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 12. 6. 1985
Amtsgericht

3267

6 K 26/84 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Seulberg, Gemarkung Seulberg, Band 77, Blatt 2140,
lfd. Nr. 1, Flur 23, Flurstück 17/5, Hof- und Gebäudefläche (Zufahrt), Industriestraße, Größe 3,57 Ar,
lfd. Nr. 2, Flur 23, Flurstück 17/6, Hof- und Gebäudefläche, Industriestraße, Größe 32,34 Ar;
das Grundstück lfd. Nr. 1 ist nicht bebaut;
soll am Dienstag, dem 1. Oktober 1985, 9.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümerin am 28. 5. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Diettrich geb. Huther, Margareta, Kauffrau, geb. 6. 4. 1930, Odenwaldstraße 53, 6074 Rödermark.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für
Grundstück lfd. Nr. 1 auf 62 500,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 2 auf 1 937 500,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 4. 6. 1985
Amtsgericht

3268

6 K 93/84 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Burgholzhausen, Band 62, Blatt 2295,
Gemarkung Burgholzhausen,
lfd. Nr. 1, Flur 9, Flurstück 390/1, Gebäude- und Freifläche, Benzstr. 9, Größe 8,34 Ar,
lfd. Nr. 2, Flur 9, Flurstück 390/2, Freifläche, Benzstraße 9, Größe 2,56 Ar,
lfd. Nr. 3, Flur 9, Flurstück 390/3, Freifläche, Benzstraße 9, Größe 4,33 Ar,
soll am Dienstag, dem 15. Oktober 1985, 8.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 20. 12. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Thomas Wagner, Zimmermeister, geb. 30. 9. 1927, Benzstraße 9, 6382 Friedrichsdorf/Ts.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für
Grundstück lfd. Nr. 1 auf 334 200,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 2 auf 28 100,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 3 auf 47 700,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 10. 6. 1985
Amtsgericht

3269

6 K 15/83 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ober-Erlenbach, Band 70, Blatt 2887,
Gemarkung Ober-Erlenbach, Flur 1, Flurstück 979, Hof- und Gebäudefläche, Am Nußgrund 16, Größe 11,19 Ar,
soll am Dienstag, dem 8. Oktober 1985, 10.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 7. 3. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
a) Gäbler, Wolfgang, geb. 27. 8. 1947,
b) Gäbler, Ursula geb. Feucht, geb. 24. 2. 1954, beide wohnhaft Am Nußgrund 16, Bad Homburg v. d. Höhe 6, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 400 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 10. 6. 1985
Amtsgericht

3270

6 K 4/84 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bad Homburg v. d. Höhe, Gemarkung Bad Homburg v. d. Höhe, Band 334, Blatt 10 225,
lfd. Nr. 1, Flur 25, Flurstück 121/12, Gebäude- und Freifläche, Berliner Straße 20, Größe 1,25 Ar,
lfd. Nr. 2, Flur 25, Flurstück 121/13, Gebäude- und Freifläche, Berliner Straße 18, Größe 1,26 Ar,
soll am Dienstag, dem 8. Oktober 1985, 8.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 27. 1. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Bockler, Josef, geb. 22. 10. 1936, Berliner Straße 18, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für
Grundstück lfd. Nr. 1 auf 125 000,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 2 auf 120 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 12. 6. 1985
Amtsgericht

3271

6 K 82/84 — **Beschluß:** Die ideelle Hälfte an folgendem Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bad Homburg v. d. Höhe, Band 306, Blatt 9369, 95,3/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung Bad Homburg v. d. Höhe,
Flur 18, Flurstück 76, Hof- und Gebäudefläche, Ferdinandstraße 1, Größe 4,84 Ar,
Flur 18, Flurstück 55, Hof- und Gebäudefläche, Kaiser-Friedrich-Promenade 85, Größe 6,35 Ar,
verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung mit Keller (Nr. 1.3 des Aufteilungsplanes); es besteht ein Sondernutzungsrecht am Garagenstellplatz Nr. 13 (oben); das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (Band 306, Blätter 9366—9380);
soll am Dienstag, dem 17. September 1985, 10.30 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümerin am 5. 12. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Renate Hübner-Hilka geb. Hilka, Textorstraße 89, 6000 Frankfurt am Main.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 180 000,— DM für die ideelle Hälfte.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 10. 6. 1985
Amtsgericht

3272

K 24, 25/82 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Georgenborn, Band 9, Blatt 268,
lfd. Nr. 1, Flur 8, Nr. 91/21, Bauplatz — jetzt bebaut —, Nonnenwaldweg, Größe 7,33 Ar,
soll am Freitag, dem 8. November 1985, 8.30 Uhr, Saal Nr. 10, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Am Kurpark Nr. 12, Bad Schwalbach, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümer am 30. 4./13. 7. 1982 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):
Eheleute Paul Herborn und Thea geb. Hill, Schlangenbad 5, Miteigentümer — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Grundstück Flur 8, Nr. 91/21 auf 459 440,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 19. 6. 1985
Amtsgericht

3273

4 K 75/84: Die im Grundbuch von Hochstädten, Band 13, Blatt 441, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Hochstädten,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 75/3, Hof- und Gebäudefläche, Mühltalstraße 275, Größe 13,96 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 76/2, Hof- und Gebäudefläche, Mühltalstraße 275, Größe 0,21 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Flurstück 77/1, Hofraum, Mühltalstraße 275, Größe 2,15 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 6, Wald, Im Weidental, Größe 10,56 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 9, Flurstück 4, Ackerland, Grünland, Wald, Unland und Weg, In der Steinshecke, Größe 254,44 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 10, Flurstück 10, Ackerland, Hinterm Weiher, Größe 14,63 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 10, Flurstück 11, Ackerland, Hinterm Weiher, Größe 17,06 Ar,

sollen am Montag, dem 7. Oktober 1985, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wilhelmstraße 26, in Bensheim, Zimmer 203, 1. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 10. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Grenz, Emil, geb. 11. 6. 1928, 6941 Laudenbach,

b) Schmitt geb. Grenz, Helga, geb. am 10. 6. 1951, Bensheim 8,

c) Schmitt geb. Grenz, Else, geb. am 15. 8. 1954, 6943 Mörlenbach-Bonsweiher, — in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 11. 6. 1985 **Amtsgericht**

3274

K 7/85: Das im Grundbuch von Braunfels, Bezirk Braunfels, Band 124, Blatt 2774, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Braunfels, Flur 2, Flurstück 18/5, Gebäude- und Freifläche, Erholung, Friedericke-Fliedner-Straße 17, Größe 40,00 Ar,

soll am Freitag, dem 6. September 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstr. 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Jutta Friese, Braunfels.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 518 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 13. 6. 1985
Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels

3275

5 K 26/83: Der halbe Miteigentumsanteil an folgendem Grundstück in der Gemarkung Gambach, eingetragen im Grundbuch von Gambach, Band 75, Blatt 3175,

lfd. Nr. 5, Flur 9, Flurstück 103, Ackerland, Grünland, Vor dem 20 Morgenstück, Größe 20,25 Ar,

soll am Freitag, dem 27. September 1985, 10.00 Uhr, Raum 1, Erdgeschoß, Färbgasse 24, 6308 Butzbach 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Miteigentümer am 18. 11. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Schmiedemeister Wilhelm Alles, Zweiter, in Münzenberg Stadtteil Gambach.

Der Wert der ideellen Grundstückshälfte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3 037,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 14. 6. 1985 **Amtsgericht**

3276

61 K 147/84: Der im Grundbuch von Messel, Band 27, Blatt 1248, eingetragene halbe Miteigentumsanteil am Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Messel, Flur 7, Flurstück 660, Hof- und Gebäudefläche, Am Brühl 1, Größe 5,44 Ar,

soll am Mittwoch, dem 2. Oktober 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 9. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Miteigentumsanteil zu 2 b der Abt. I:

Dagmar Zuspann, Messel, — zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 10. 6. 1985
Amtsgericht, Abt. 61

3277

3 K 41/84: Das im Grundbuch von Schaafheim, Band 92, Blatt 3745, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schaafheim, Flur 4, Flurstück 339/2, Gebäude- und Freifläche, Frankfurter Straße 8, Größe 3,35 Ar,

soll am Dienstag, dem 20. August 1985, 13.30 Uhr, Zimmer 110, I. Stock, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 4. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Monika Wilking geb. Römisch, Groß-Wallstadt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 350 000,— DM.

Zuschlagsversagung wegen Nichterreichens der Sieben-Zehntel-Grenze gemäß § 74 a ZVG ist bereits in einem früheren Termin erfolgt.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 9. 5. 1985 **Amtsgericht**

3278

31 K 54/82: Das im Grundbuch von Ueberau, Band 23, Blatt 1173, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ueberau, Flur 1, Flurstück 288/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Gemarkung Groß-Bieberauer Straße 6, Größe 6,96 Ar,

soll am Montag, dem 19. August 1985, 13.30 Uhr, Zimmer 110, I. Stock, Im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 7. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dorothea Rehm geb. Hampel.

Zuschlagsversagung wegen Nichterreichens der Sieben-Zehntel-Grenze ist in einem früheren Termin bereits erfolgt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 235 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 25. 3. 1985 **Amtsgericht**

3279

3 K 83/84: Das im Grundbuch von Altefeld, Band 5, Blatt 29, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Altefeld, Flur 1, Flurstück 25/2, Hof- und Gebäudefläche, Heidelbergstraße 14, Größe 14,10 Ar,

soll am Dienstag, dem 12. November 1985, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude der Zweigstelle Sontra des Amtsgerichts Eschwege, Neues Tor 8, 6443 Sontra, Raum 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 12. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Alfred Hendrich, Rockfabrik KG, Ringgau-Renda.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 7. 6. 1985 **Amtsgericht**

3280

3 K 22/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von

a) Eschwege, Band 175, Blatt 7217, — Gemarkung Eschwege —,

lfd. Nr. 1, Flur 31, Flurstück 10/7, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Albertstr. 4, Größe 12,15 Ar,

b) Eschwege, Band 175, Blatt 7218, — Gemarkung Eschwege —,

lfd. Nr. 1, Flur 31, Flurstück 10/10, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Albertstr. 4, Größe 5,67 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 31, Flurstück 10/9, Gebäude- und Freifläche, Römheldstr. 10, Größe 6,88 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. September 1985, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3440 Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer Nr. 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1) Grundbuch von Eschwege, Band 175, Blatt 7217,

Ursula Meißner geb. Hartje, Eschwege,

2) Grundbuch von Eschwege, Band 175, Blatt 7218,

a) Heinz Meißner,

b) Ursula Meißner geb. Hartje, Eschwege, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 7. 6. 1985 **Amtsgericht**

3281

84 K 334/84: Das im Teileigentumsgrundbuch von Wallau des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Band 76, Blatt 2589, eingetragene Teileigentum,

lfd. Nr. 1, 2/10 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Wallau, Flur 21, Flurstück 169/5, Hof- und Gebäudefläche, Sackgasse, Größe 1,42 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 7/8 bezeichneten Doppelstocktiefgarage; für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Blätter 2586–2590); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

soll am Freitag, dem 8. November 1985, 9.00 Uhr, in Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr.

2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 12. 1984 (Versteigerungsvermerk):

K + K Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Kelkheim/Ts.

Der Wert des Teileigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 3. 6. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3282

84 K 288/84: Das im Wohnungsgrundbuch Bezirk Sulzbach des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 85, Blatt 2436, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, bestehend aus 275/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 3, Flurstück 168/1, Hof- und Gebäudefläche, Bad Sodener Straße, (postalisch: Nr. 27), Größe 21,59 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 26 bezeichneten Wohnung nebst Kellerabstellraum Nr. 28, beschränkt durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte (eingetragen Blätter 2411—2442) sowie teilweise in der Veräußerung;

soll am Dienstag, dem 22. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 12. 1984 (Versteigerungsvermerk):

a) Rita Schröter, Schellingstraße 9 IV, Frankfurt am Main,

b) Hinrich Vincent Schröter, Rheinländer Straße 19, Schwalbach/Ts., — je zur Hälfte.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 140 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 9. 4. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3283

84 K 173/83: Das im Wohnungsgrundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 68, Band 224, Blatt 7604, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, bestehend aus 36,83/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung 68, Flur 41, Flurstück 33/1, Hof- und Gebäudefläche, Rumpenheimer Straße 9—11, Größe 18,03 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung 3. Obergeschoß vorn sowie dem Abstellplatz im Dachgeschoß Nr. 3.4 des Aufteilungsplanes; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte (eingetragen Band 224, Blätter 7591—7610) und eine für gewisse Fälle geltende Veräußerungsbeschränkung beschränkt;

soll am Montag, dem 11. November 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. Juli 1983 (Versteigerungsvermerk):

Steuerbevollmächtigter Klaus Keinath, Stuttgart, Rosenbergstr. 194 a.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gem. § 74 a V ZVG festgesetzt auf 85 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 10. 5. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3284

84 K 246/84: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 32, Band 210, Blatt 6862, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, 443,36/100 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 183 — Haus 5 — laut Aufteilungsplan (Mailänder Str. 11, 6. Obergeschoß), sowie das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 32, Band 218, Blatt 7118, eingetragene Teileigentum

lfd. Nr. 1, 6,15/100 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Kfz-Einstellplatz Nr. 439 laut Aufteilungsplan, an dem Grundstück

Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 557, Flurstücke 283/16, Hof- und Gebäudefläche, Mailänder Straße, 283/14, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Landstraße, 283/17, Hof- und Gebäudefläche, Mailänder Straße 3—23, 283/5, Hof- und Gebäudefläche, Mailänder Straße 23, 283/2, Hof- und Gebäudefläche, Mailänder Straße 21, Größe 233,35 Ar,

Wohnungs- und Teileigentum beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blätter 6680—7831) sowie in der Veräußerung mit bestimmten Ausnahmen;

sollen am Donnerstag, dem 10. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 10. 1984 (Versteigerungsvermerk):

Sonja Heintzen, Mailänder Straße 9, Frankfurt am Main.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 350 000,— DM, der des Teileigentums auf 15 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 24. 4. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3285

84 K 314/84: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 10, Band 42, Blatt 1474, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 97, Flurstück 40/11, Gebäude- und Freifläche, Westendstraße 64, Größe 4,38 Ar,

soll am Montag, dem 21. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 12. 1984 (Versteigerungsvermerk):

Heimböden Bau- und Grundstücksgesellschaft m.b.H., Oberursel/Taunus.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 550 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 14. 5. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3286

84 K 317/84: Das im Wohnungsgrundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 1, Band 185, Blatt 7938, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, 28/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Flur 53, Flurstück 36/3, Gebäude- und Freifläche, Lange Straße 55, Größe 4,14 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 30 des Aufteilungsplanes; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen Band 184, 185 Blatt 7909 bis 7940);

soll am Donnerstag, dem 31. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 11. 1984 (Versteigerungsvermerk):

Frau Vanda Richters geb. Lopizic, Bremen.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 000,— DM.

Zur Veräußerung des Wohnungseigentums ist die Zustimmung des Verwalters nach dem WEG erforderlich. Dies gilt auch für den Fall der Zwangsversteigerung.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 22. 5. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3287

84 K 261/83: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Bezirk Oberliederbach, Band 49, Blatt 1371, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberliederbach, Flur 11, Flurstück 255, jetzt: 176, Hof- und Gebäudefläche, Taunusstr. 6, Größe 5,54 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 11. 1983 (Versteigerungsvermerk):

1. Chemiearbeiter Ludwig Boch, gest. 27. 12. 1981, — zur Hälfte —,

2. Frau Luise Greßler, geb. Boch, gest. 8. 11. 1975, — zu einem Viertel —,

3. Werkzeugdreher Hans Greßler, Taunusstraße 6, 6237 Liederbach/Ts., — zu einem Viertel —.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 580 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 7. 5. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3288

84 K 127/85: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 32, Band 147, Blatt 4970, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, 69,40/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Flur 556, Flurstücke 27/1 und 26/9, Hof- und Gebäudefläche, Großer Hasenpfad 114, Größe 8,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Wohnung im Parterre (Untergeschoß); das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in den Blättern 4971—4980) gehörenden Sondereigentumsrechte und eine für gewisse Fälle geltende Veräußerungsbeschränkung beschränkt;

soll am Freitag, dem 4. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137,

I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 9. 1984 (Versteigerungsvermerk):

A) Kaufmann Roshan Ali Hussain, geb. 25. 4. 1940, Frankfurt am Main, — zur Hälfte,

B) Sekretärin Sucila Hussain geb. Wallimamode, geb. 24. 12. 1946, Frankfurt am Main, — zur Hälfte —.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 110 000,— DM, = 55 000,— DM für jede ideelle Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 18. 4. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3289

84 K 214/84: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 32, Band 162, Blatt 5425, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, 172/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung 1, Flur 498, Flurstück 1/2, Hof- und Gebäudefläche, Großer Hasenpfad 52—56 und Mittlerer Hasenpfad 37—41, Größe 117,60 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 2109 des Aufteilungsplanes und das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 32, Band 193, Blatt 6365, eingetragene Teileigentum,

lfd. Nr. 1, 23/100 000 Miteigentumsanteil am selben Grundstück,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem Garagenstellplatz in der Tiefgarage Nr. 6001/42 des Aufteilungsplanes; das jeweilige Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte und eine für gewisse Fälle geltende Veräußerungsbeschränkung beschränkt;

sollen am Freitag, dem 25. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 8. 1984 bzw. 10. 8. 1984 (Versteigerungsvermerke):

Kaufmann Klaus Joachim Aizen, Frankfurt am Main.

Der Wert ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt

a) für das Wohnungseigentum auf 84 000,— DM,

b) für das Teileigentum auf 10 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 15. 4. 1985
Amtsgericht, Abt. 84

3290

K 37/84: Der im Grundbuch von Steinfurth, Band 45, Blatt 1935, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Steinfurth, Flur 1, Flurstück 473/1, Hof- und Gebäudefläche, Zum Sauerbrunnen 8, Größe 6,09 Ar,

soll am Freitag, dem 16. August 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homburger Str. 18, Raum 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 6. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Maurermeister Karlheinz Rühl, Steinfurth.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 556 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 12. 6. 1985
Amtsgericht

3291

5 K 34/84: Die im Grundbuch von Maberzell, Band 22, Blatt 734, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Maberzell, Flur 22, Flurstück 6, Lieg.B. 503, Hof- und Gebäudefläche, Im Roehrig, Größe 51,21 Ar, (Wert: 7 682,— DM),

lfd. Nr. 4, Gemarkung Maberzell, Flur 22, Flurstück 9, Hof- und Gebäudefläche, Im Roehrig, Größe 25,90 Ar, (Wert: 3 885,— DM),

sollen am Donnerstag, dem 31. Oktober 1985, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 5. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bauunternehmer Karl Schmalenberg in Maberzell.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie bei den lfd. Nrn. angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6400 Fulda, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3292

K 7/85 — **Beschluß:** Folgender halber Anteil des Grundbesitzes, eingetragen im Grundbuch von Eidengesäß, Band 35, Blatt 1155, — Gemarkung Eidengesäß —,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 200/2, Gartenland, Waldstraße 24, Größe 1,94 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 5, Flurstück 201/2, Gartenland, Waldstraße, Größe 1,93 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 5, Flurstück 202/2, Gartenland, Waldstraße, Größe 1,93 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 5, Flurstück 200/1, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 24, Größe 7,12 Ar,

soll am Freitag, dem 13. September 1985, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6460 Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 2. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): hinsichtlich der vom Vollstreckungsverfahren erfaßten Grundstückshälften:

Jeltje Iffland geb. Veenendaal in Frankfurt (jetzt: Heerhugowaard/Niederlande).

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 194,— DM für die Hälfte des Flurstücks 200/2; 193,— DM für die Hälfte des Flurstücks 201/2; 193,— DM für die Hälfte des Flurstücks 202/2; 156 329,— DM für die Hälfte des Flurstücks 200/1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 7. 6. 1985 **Amtsgericht**

3293

42 K 90/84 — **Beschluß:** Der im Erbbaugrundbuch von Mainzlar, Band 41, Blatt 1745, unter lfd. Nr. 1 eingetragene halbe Anteil der Ingeborg Gural an dem Erbbaurecht eingetragen auf dem im Grundbuch von Mainzlar, Band 23, Blatt 1188, unter lfd. Nr. 548 des Bestandsverzeichnisses verzeichneten Grundstück,

Gemarkung Mainzlar, Flur 4, Nr. 80/2, Hof- und Gebäudefläche, Steinstraße 12, Größe 6,81 Ar,

in Abteilung II Nr. 13 für die Dauer von 99 Jahren vom 1. Oktober 1960 ab; die Erbbauberechtigten bedürfen zur Veräußerung und Belastung des Erbbaurechts der Zustimmung des Grundstückseigentümers (dies gilt auch bei Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung); als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist die Gemeinde Mainzlar (jetzt: Stadt Staufenberg) eingetragen;

soll am Donnerstag, dem 12. September 1985, 10.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 30. 5. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Stefan Gural, Staufenberg-Mainzlar,

b) dessen Ehefrau Ingeborg Gural geb. Herzberger, daselbst, — je zur Hälfte —.

Der Wert des halben Anteils an dem Erbbaurecht ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 133 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 29. 5. 1985 **Amtsgericht**

3294

42 K 199/84 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Annerod, Band 34, Blatt 1161,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 134, Hof- und Gebäudefläche, Großen-Busecker Straße 6, Größe 8,48 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. August 1985, 8.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 12. 1984 (Versteigerungsvermerk):

Gertrud Ploch geb. Hahn, Großen-Busecker Straße 6, 6301 Fernwald-Annerod.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 348 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

3295

42 K 19/85 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Garbenteich, Band 47, Blatt 1682,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 821, Bauplatz, Solweg 8, Größe 8,48 Ar,

soll am Donnerstag, dem 29. August 1985, 8.00 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 1. 1985 (Versteigerungsvermerk):

Fa. Planungs- und Partnerbau GmbH, Eichenring 9, 6301 Staufenberg-Daubringen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 71 050,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6300 Gießen, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

3296

42 K 238/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Grundbuch von Rodenbach, Band 231, Blatt 7694, im BV unter lfd. Nr. 1 eingetragene 109,4/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Rodenbach, Flur 15, Flurstück 154/1, Gebäude- und Freifläche, Frankfurter Str. 24, Größe 5,88 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum im Auf-

teilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet sowie Sondernutzungsrecht am Stellplatz im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet, versteigert werden.

Der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (Blatt 7693 bis 7700). Veräußerungsbeschränkung (schriftliche Zustimmung des Verwalters); Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten, Verwandte in gerader Linie und Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie. Wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums wird auf die Bewilligung vom 3. Juni und 9. September 1983 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Dienstag, dem 20. August 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragener Eigentümer am 30. 11. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Klaus Werner Heurig in Gründau.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 72 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 6. 1985 Amtsgericht, Abt. 42

3297

42 K 146/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs- und Teileigentumsgrundbuch von Langenselbold, Band 299, Blatt 9033, im BV unter lfd. Nr. 1 eingetragene 125/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenselbold, Flur 76, Flurstück 294/3, Gebäude- und Freifläche, Am heiligen Stock 4, Größe 9,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der mit D 2 bezeichneten Wohnung im Erdgeschoß sowie Kellerraum D 2 und Abstellplatz D 2, versteigert werden.

Der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen in Blatt 9032 bis 9039). Die Veräußerung bedarf mit Ausnahme der Veräußerung an einen Familienangehörigen des Veräußerers oder an einen anderen Wohnungseigentümer dieser Gemeinschaft der Genehmigung der Wohnungseigentümerversammlung. Wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums wird auf die Bewilligung vom 7. März 1983 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 15. August 1985, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 9. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. FHB Gesellschaft für Familienhausbau mbH, Hanau.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 187 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 6. 1985 Amtsgericht, Abt. 42

3298

42 K 147/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs- und Teileigentumsgrundbuch von Langenselbold, Band 299, Blatt 9034, im BV unter lfd. Nr. 1 eingetragene 146/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenselbold, Flur 76, Flurstück 294/3, Gebäude- und Freifläche, Am heiligen Stock 4, Größe 9,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der mit D 3 bezeichneten Wohnung im Erdgeschoß sowie Kellerraum D 3 und Abstellplatz D 3, versteigert werden.

Der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen in Blatt 9032 bis 9039). Die Veräußerung bedarf mit Ausnahme der Veräußerung an einen Familienangehörigen des Veräußerers oder an einen anderen Wohnungseigentümer dieser Gemeinschaft der Genehmigung der Wohnungseigentümerversammlung. Wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums wird auf die Bewilligung vom 7. März 1983 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 15. August 1985, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 9. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. FHB Gesellschaft für Familienhausbau mbH, Hanau.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 217 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 6. 1985 Amtsgericht, Abt. 42

3299

42 K 148/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs- und Teileigentumsgrundbuch von Langenselbold, Band 299, Blatt 9035, im BV unter lfd. Nr. 1 eingetragene 125/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenselbold, Flur 76, Flurstück 294/3, Gebäude- und Freifläche, Am heiligen Stock 4, Größe 9,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der mit D 4 bezeichneten Wohnung im Erdgeschoß sowie Kellerraum D 4 und Abstellplatz D 4, versteigert werden.

Der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen in Blatt 9032 bis 9039). Die Veräußerung bedarf mit Ausnahme der Veräußerung an einen Familienangehörigen des Veräußerers oder an einen anderen Wohnungseigentümer dieser Gemeinschaft der Genehmigung der Wohnungseigentümerversammlung. Wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums wird auf die Bewilligung vom 7. März 1983 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 15. August 1985, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 9. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. FHB Gesellschaft für Familienhausbau mbH, Hanau.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 187 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 6. 1985 Amtsgericht, Abt. 42

3300

42 K 149/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs- und Teileigentumsgrundbuch von Langenselbold, Band 299, Blatt 9036, im BV unter lfd. Nr. 1 eingetragene 146/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenselbold, Flur 76, Flurstück 294/3, Gebäude- und Freifläche, Am heiligen Stock 4, Größe 9,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der mit D 5 bezeichneten Wohnung im Erdgeschoß sowie Kellerraum D 5 und Abstellplatz D 5, versteigert werden.

Der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen in Blatt 9032 bis 9039). Die Veräußerung bedarf mit Ausnahme der Veräußerung an einen Familienangehörigen des Veräußerers oder an einen anderen Wohnungseigentümer dieser Gemeinschaft der Genehmigung der Wohnungseigentümerversammlung. Wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums wird auf die Bewilligung vom 7. März 1983 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 15. August 1985, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 9. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. FHB Gesellschaft für Familienhausbau mbH, Hanau.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 217 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 6. 1985 Amtsgericht, Abt. 42

3301

42 K 150/84: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungs- und Teileigentumsgrundbuch von Langenselbold, Band 299, Blatt 9037, im BV unter lfd. Nr. 1 eingetragene 125/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenselbold, Flur 76, Flurstück 294/3, Gebäude- und Freifläche, Am heiligen Stock 4, Größe 9,01 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der mit D 6 bezeichneten Wohnung im Erdgeschoß sowie Kellerraum D 6 und Abstellplatz D 6, versteigert werden.

Der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (eingetragen in Blatt 9032 bis 9039). Die Veräußerung bedarf mit Ausnahme der Veräußerung an einen Familienangehörigen des Veräußerers oder an einen anderen Wohnungseigentümer dieser Gemeinschaft der Genehmigung der Wohnungseigentümerversammlung. Wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums wird auf die Bewilligung vom 7. März 1983 Bezug genommen.

Versteigerungstermin am Donnerstag, dem 15. August 1985, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 161 B.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 9. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. FHB Gesellschaft für Familienhausbau mbH, Hanau.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 187 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 6. 1985 Amtsgericht, Abt. 42

3302

42 K 111/84, 42 K 246/84: Die im Grundbuch von Dörnigheim, Band 195, Blatt 7000, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dörnigheim, Flur 13, Flurstück 103, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Am Bootshafen 11, Größe 2,16 Ar,

lfd. Nr. 2 zu 1, Gemarkung Dörnigheim, Flur 13, Flurstück 109, Straße, Am Bootshafen, Größe 7,72 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 12. September 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 7. 1984 bzw. 13. 12. 1984 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Wolfgang Niemeyer,

b) Lieselotte Niemeyer, beide in Maintal, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 395 200,— DM,
lfd. Nr. 2 zu 1 auf 30 880,— DM,
insgesamt auf 426 080,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 13. 6. 1985 Amtsgericht, Abt. 42

3303

42 K 157/84: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Bruchköbel, Band 52, Blatt 2166, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bruchköbel, Flur 2, Flurstück 31/5, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Neubeuner (unbebaut), Größe 84,00 Ar,

am 27. September 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer Nr. 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 10. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Artur Egon Eckardt,

b) Elsbeth Gerda Eckardt geb. Oder — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 51 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6450 Hanau, 19. 6. 1985 Amtsgericht, Abt. 42

3304

2 K 33/85: Das im Grundbuch von Driedorf, Band 27, Blatt 952, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Driedorf, Flur 15, Flurstück 7, Ackerland, Hinter der Ohlemühl, Größe 7,65 Ar,

soll am Freitag, dem 6. Dezember 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn, Westerwaldstr. 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 4. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Löber in 6333 Braunfels, Alte Leuner Str. 1.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2 295,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6348 Herborn, 18. 6. 1985 Amtsgericht

3305

2 K 66, 80, 98, 99/83: Die im Grundbuch von Herbornseelbach, Band 52, Blatt 1778, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 43, Flurstück 244, Grünland, In Steinbrücke, Größe 6,53 Ar, Wert 5 224,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 8, Flurstück 32, Grünland, In der Mirmbach, Größe 4,68 Ar, Wert 4 680,— DM,

lfd. Nr. 3, Flur 8, Flurstück 33, Grünland, In der Mirmbach, Größe 7,56 Ar, Wert 7 560,— DM,

lfd. Nr. 4, Flur 11, Flurstück 68, Ackerland, Vor der Monsenbach, Größe 4,12 Ar, Wert 2 060,— DM,

lfd. Nr. 5, Flur 11, Flurstück 67, Ackerland, In der Monsenbach, Größe 5,19 Ar, Wert 2 595,— DM,

lfd. Nr. 10, Flur 42, Flurstück 97, Ackerland, Im Gewänn, Größe 4,67 Ar, Wert 14 010,— DM,

lfd. Nr. 11, Flur 42, Flurstück 100, Ackerland, Im Gewänn, Größe 1,82 Ar, Wert 5 460,— DM,

lfd. Nr. 12, Flur 42, Flurstück 101, Ackerland, Im Gewänn, Größe 1,75 Ar, Wert 5 250,— DM,

lfd. Nr. 13, Flur 42, Flurstück 91, Ackerland, Im Gewänn, Größe 4,20 Ar, Wert 12 600,— DM,

lfd. Nr. 14, Flur 42, Flurstück 93, Ackerland, Im Gewänn, Größe 3,85 Ar, Wert 11 550,— DM,

lfd. Nr. 15, Flur 42, Flurstück 92, Ackerland, Im Gewänn, Größe 2,73 Ar, Wert 8 190,— DM,

lfd. Nr. 16, Flur 42, Flurstück 94, Ackerland, Im Gewänn, Größe 5,21 Ar, Wert 15 630,— DM,

lfd. Nr. 17, Flur 42, Flurstück 95, Ackerland, Im Gewänn, Größe 3,57 Ar, Wert 10 710,— DM,

lfd. Nr. 18, Flur 42, Flurstück 98, Ackerland, Im Gewänn, Größe 4,83 Ar, Wert 14 490,— DM,

lfd. Nr. 19, Flur 42, Flurstück 96, Ackerland, Im Gewänn, Größe 10,03 Ar, Wert 30 090,— DM,

lfd. Nr. 20, Flur 42, Flurstück 407, Grünland, Bei der Burzel, Größe 5,71 Ar, Wert 46 954,— DM,

lfd. Nr. 21, Flur 42, Flurstück 410, Grünland, Bei der Burzel, Größe 3,91 Ar, Wert 26 441,— DM,

lfd. Nr. 22, Flur 42, Flurstück 99, Ackerland, Im Gewänn, Größe 2,03 Ar, Wert 6 090,— DM,

lfd. Nr. 23, Flur 42, Flurstück 412, Grünland, Bei der Burzel, Größe 3,13 Ar, Wert 21 703,— DM,

lfd. Nr. 24, Flur 42, Flurstück 413, Grünland, Bei der Burzel, Größe 10,86 Ar, Wert 71 771,— DM,

lfd. Nr. 25, Flur 42, Flurstück 419, Grünland, Bei der Burzel, Größe 4,55 Ar, Wert 15 464,— DM,

lfd. Nr. 26, Flur 42, Flurstück 415, Grünland, Bei der Burzel, Größe 3,84 Ar, Wert 25 014,— DM,

lfd. Nr. 27, Flur 42, Flurstück 411, Grünland, Bei der Burzel, Größe 4,19 Ar, Wert 28 037,— DM,

lfd. Nr. 28, Flur 42, Flurstück 417, Grünland, Bei der Burzel, Größe 3,59 Ar, Wert 13 718,— DM,

lfd. Nr. 29, Flur 43, Flurstück 254, Grünland, In Steinbrücke, Größe 7,62 Ar, Wert 1 524,— DM,

lfd. Nr. 30, Flur 42, Flurstück 414, Grünland, Bei der Burzel, Größe 4,37 Ar, Wert 29 552,— DM,

lfd. Nr. 33, Flur 8, Flurstück 8, Ackerland, Ober dem Mirmbach, Größe 4,06 Ar, Wert 1 218,— DM,

lfd. Nr. 34, Flur 42, Flurstück 408, Grünland, Bei der Burzel, Größe 4,59 Ar, Wert 53 041,— DM,

lfd. Nr. 35, Flur 42, Flurstück 418, Grünland, Bei der Burzel, Größe 11,70 Ar, Wert 36 920,— DM,

lfd. Nr. 36, Flur 43, Flurstück 243, Grünland, In Steinbrücke, Größe 6,67 Ar, Wert 40 991, — DM,

lfd. Nr. 37, Flur 8, Flurstück 9, Ackerland, Ober dem Mirmbach, Größe 5,87 Ar, Wert 1 761,— DM,

lfd. Nr. 38, Flur 43, Flurstück 314, Grünland, In der Johanniswiese, Größe 6,86 Ar, Wert 5 488,— DM,

lfd. Nr. 39, Flur 42, Flurstück 90/1, Ackerland, Im Gewänn, Größe 4,04 Ar, Wert 12 120,— DM,

lfd. Nr. 40, Flur 42, Flurstück 416, Grünland, Bei der Burzel, Größe 3,54 Ar, Wert 2 832,— DM,

lfd. Nr. 41, Flur 42, Flurstück 426/1, Akkerland, Im Gewänn, Größe 0,86 Ar, Wert 2 580,— DM,

lfd. Nr. 43, Flur 42, Flurstück 404, Grünland, Bei der Burzel, Größe 6,15 Ar, Wert 32 330,— DM,

lfd. Nr. 45, Flur 42, Flurstück 90/2, Ackerland, Im Gewänn, Größe 0,93 Ar, Wert 2 790,— DM,

lfd. Nr. 46, Flur 52, Flurstück 227, Ackerland, Im Grabenstück, Größe 6,10 Ar, Wert 915,— DM,

lfd. Nr. 47, Flur 43, Flurstück 315, Grünland, In der Johanniswiese, Größe 4,31 Ar, Wert 3 448,— DM,

lfd. Nr. 50, Flur 43, Flurstück 313, Ackerland, In der Johanniswiese, Größe 5,16 Ar, Wert 4 128,— DM,

lfd. Nr. 52, Flur 12, Flurstück 114/1, Hof- und Gebäudefläche, Hohenrain, Größe 4,27 Ar, Wert 53 140,— DM,

lfd. Nr. 54, Flur 12, Flurstück 173/1, Weg, Hohenrain, Größe 0,54 Ar, Wert 1 620,— DM,

lfd. Nr. 55, Flur 42, Flurstück 388, Grünland, Bei der Burzel, Größe 5,21 Ar, Wert 1 042,— DM,

lfd. Nr. 56, Flur 62, Flurstück 77, Ackerland, Hinter dem Schäfersgrund, Größe 9,31 Ar, Wert 558,— DM,

lfd. Nr. 57, Flur 52, Flurstück 207, Ackerland, Vor dem Dernbach, Größe 1,32 Ar, Wert 264,— DM,

lfd. Nr. 58, Flur 52, Flurstück 208, Ackerland, Vor dem Dernbach, Größe 2,58 Ar, Wert 516,— DM,

lfd. Nr. 59, Flur 12, Flurstück 112, Hofraum, Burger Landstraße, Größe 4,06 Ar, Wert 15 000,— DM,

lfd. Nr. 60, Flur 42, Flurstück 123/2, Hof- und Gebäudefläche, Burger Landstraße 25, Größe 3,44 Ar, Wert 110 000,— DM,

lfd. Nr. 61, Flur 43, Flurstück 246, Grünland, In Steinbrücke, Größe 4,60 Ar, Wert 3 680,— DM,

lfd. Nr. 62, Flur 43, Flurstück 245, Grünland, In Steinbrücke, Größe 3,22 Ar, Wert 2 576,— DM,

lfd. Nr. 63, Flur 7, Flurstück 110/1, Ackerland, Jenseits der Monsenbach, Größe 2,70 Ar, Wert 405,— DM,

zusammen: 825 730,— DM,

sollen am Freitag, dem 29. November 1985, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn, Westerwaldstraße Nr. 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 10. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Walter Welsch in 6348 Herborn-Seelbach, Marburger Straße 4.

Der Wert ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie oben angegeben festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6348 Herborn, 19. 6. 1985 Amtsgericht

3306

K 2/85: Das im Grundbuch von Homberg/Efze, Bezirk Oberbeisheim, Band 20, Blatt 379, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberbeisheim, Flur 3, Flurstück 20/9, Bauplatz, Der Bornrain, Größe 9,28 Ar,

soll am Freitag, dem 6. September 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg/Efze, Obertorstraße 9, Sitzungssaal II, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):
a) Elektriker Siegfried Heinmüller, geb. am 7. 3. 1956 und
b) Frau Angelika Heinmüller geb. Auel, geb. am 30. 6. 1955, Knüllwald-Oberbeisheim, — je zur Hälfte —.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5, § 85 ZVG festgesetzt auf 280 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3588 Homberg/Efze, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3307

K 28/84: Der im Grundbuch von Roßbach, Band 12, Blatt 379, eingetragene 1/40 Miteigentumsanteil an dem Grundbesitz
lfd. Nr. 27, Gemarkung Roßbach, Flur 1, Flurstück 3, Wald (Holzung), Die Obereller, Größe 7 030,82 Ar,
lfd. Nr. 28, Gemarkung Roßbach, Flur 1, Flurstück 4, Wald (Holzung), Die Obereller, Größe 0,59 Ar,
lfd. Nr. 30, Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 8, Wald (Holzung), Im Schließgrund, Größe 66,54 Ar,
lfd. Nr. 31, Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 23, Wald (Holzung), Im Schließgrund, Größe 33,84 Ar,
lfd. Nr. 32, Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 3, Wald (Holzung), Beim Wisselsberg, Größe 25,48 Ar,
lfd. Nr. 35, Gemarkung Roßbach, Flur 15, Flurstück 15, Wald (Holzung), Auf der Platte, Größe 510,93 Ar,
lfd. Nr. 36, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 17, Wald (Holzung), Auf der Liethekuppe, Größe 249,75 Ar,
lfd. Nr. 38, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 23, Wald (Holzung), Auf der Liethekuppe, Größe 374,90 Ar,
lfd. Nr. 39, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 25, Wald (Holzung), Die Liethe, Größe 429,10 Ar,
lfd. Nr. 49, Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 11, Hutung, Größe 9,58 Ar,
Unland (Gebüsch), Im Schließgrund, Größe 3,00 Ar,
Wald (Holzung), Größe 9,00 Ar,
lfd. Nr. 50, Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 10, Wald (Holzung), Im Schließgrund, Größe 68,74 Ar,
lfd. Nr. 51, Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 9, Wald (Holzung), Im Schließgrund, Größe 108,41 Ar,
lfd. Nr. 52, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 7/3, Holzung, Beim Kapellchen, Größe 101,76 Ar,
lfd. Nr. 53, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 5/3, Holzung, Beim Kapellchen, Größe 0,08 Ar,
lfd. Nr. 54, Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 33/1, Holzung, Das Köpfchen, Größe 241,06 Ar,
Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 33/2, Holzung, Das Köpfchen, Größe 102,40 Ar,
lfd. Nr. 55, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 5/1, Holzung, Beim Kapellchen, Größe 219,11 Ar,
lfd. Nr. 56, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 5/2, Holzung, Beim Kapellchen, Größe 6,06 Ar,
lfd. Nr. 57, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 7/4, Holzung, Beim Kapellchen, Größe 1,73 Ar,
lfd. Nr. 58, Gemarkung Roßbach, Flur 2, Flurstück 33/3, Holzung, Das Köpfchen, Größe 8,07 Ar,
lfd. Nr. 59, Gemarkung Roßbach, Flur 16, Flurstück 6/1, Waldfläche, Beim Kapellchen, Größe 154,53 Ar,
soll am Freitag, dem 20. September 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, hier, Hauptstraße 24, Zimmer 11, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Miteigentümer am 5. 11. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Otto Schiffhauer, Ederstraße 1, 6418 Hünfeld-Roßbach.
Der Wert des 1/40 Miteigentumsanteils des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 40 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 10. 6. 1985 **Amtsgericht**

3308

1 K 56/83 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Wallrabenstein, Band 25, Blatt 819,
lfd. Nr. 1, Flur 3, Flurstück 142, Hof- und Gebäudefläche, Forsthausstraße 12, Größe 7,91 Ar,
soll am Dienstag, dem 20. August 1985, 9.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude 6270 Idstein/Ts., Gerichtsstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümerin am 22. 8. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Vinni Sickert geb. Jungvig, Am Forsthaus 12, 6274 Hünstetten-Wallrabenstein.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 410 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6270 Idstein, 11. 6. 1985 **Amtsgericht**

3309

1 K 17/85 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Oberjosbach, Band 47, Blatt 1572, halber Anteil an Grundstück lfd. Nr. 1,
Flur 22, Flurstück 2216/9, Hof- und Gebäudeflache, Limburger Straße, Größe 1,00 Ar,
Flur 22, Flurstück 2216/10, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße 34 a, Größe 11,19 Ar,
soll am Dienstag, dem 10. September 1985, 9.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude 6270 Idstein/Ts., Gerichtsstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragene Eigentümerin am 2. 4. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Sigrid Hankewicz in Niedernhausen-Oberjosbach.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 401 900,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6270 Idstein, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3310

1 K 18/85 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Oberjosbach, Band 47, Blatt 1572, halber Anteil an Grundstück lfd. Nr. 1,
Flur 22, Flurstück 2216/9, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße, Größe 1,00 Ar,
Flur 22, Flurstück 2216/10, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße 34 a, Größe 11,19 Ar,
soll am Dienstag, dem 10. September 1985, 9.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude 6270 Idstein/Ts., Gerichtsstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 2. 4. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Karl-Heinz Hankewicz in Niedernhausen-Oberjosbach.
Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 401 900,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6270 Idstein, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3311

64 K 343/83 — **Berichtigung:** Die in der 21. Ausgabe des Staatsanzeigers für das Land Hessen am 27. Mai 1985 unter Nr. 2662 erfolgte Veröffentlichung wird dahingehend berichtigt, daß der zu dem Wohnungseigentum unter Ziff. I angegebene Miteigentumsanteil nicht 454/10 000, sondern 329/10 000 und der zu dem Teileigentum unter Ziff. II angegebene Miteigentumsanteil nicht 68/10 000, sondern 74/10 000 beträgt.

3500 Kassel, 10. 6. 1985 **Amtsgericht**

3312

64 K 157/84: Das im Grundbuch von Niederzwehren, Band 150, Blatt 4331, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 6, Gemarkung Niederzwehren, Flur 17, Flurstück 3/41, Hof- und Gebäudefläche, Ludwig-Massie-Straße 7, Größe 19,33 Ar,
soll am Freitag, dem 4. Oktober 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Sockelgeschoß, Raum 083, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Eingetragener Eigentümer am 14. 6. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):
Döring, Herbert, Schuhmacher, Kassel.
Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG ist 990 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3500 Kassel, 6. 5. 1985 **Amtsgericht**

3313

5 K 65/84: Am 23. Oktober 1985, 14.00 Uhr, sollen vor dem Amtsgericht Kirchhain, Saal 116, die im Grundbuch von Großseelheim, Band 25, Blatt 779, auf den Namen der Annelore Nau, Sportplatzstr. 5, 3575 Kirchhain-Großseelheim, eingetragenen Grundstücke,
lfd. Nr. 4, Flur 4, Flurstück 183/17, Hof- und Gebäudefläche, Pitze, Größe 5,15 Ar,
lfd. Nr. 5, Flur 4, Flurstück 183/19, Gebäudefläche, Größe 0,67 Ar,
lfd. Nr. 6, Flur 4, Flurstück 183/20, Gebäudefläche, Größe 0,48 Ar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.
Nähere Bestimmungen können bei Gericht und bei der Stadtverwaltung Kirchhain (Aushang) eingesehen werden.
Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a ZVG festgesetzt worden auf 355 000,— DM.
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3575 Kirchhain, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3314

9 K 94/84 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Schneidhain, Band 19, Blatt 628,
lfd. Nr. 1, Flur 6, Flurstück 296, Hof- und Gebäudefläche, Am Eichkopf 16, Größe 7,28

Ar, (freistehendes Einfamilienhaus mit Unterkellerung [HEBA-Fertighaus] mit 97 qm Wohnfläche),

soll am Donnerstag, dem 17. Oktober 1985, 13.30 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 10. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Detlev und Christa Gerock in Königstein im Taunus.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 500 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 13. 6. 1985
Amtsgericht, Abt. 9

3315

9 K 43/83 — **Beschluß:** Folgender halber Grundbesitzanteil,

A) eingetragen im Grundbuch von Fischbach, Band 96, Blatt 3080,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Fischbach, Flur 24, Flurstück 374/1, Gebäude- und Freifläche, Staufenstr. 18, Größe 5,40 Ar,

Flur 24, Flurstück 374/2, Freifläche, Staufenstr. 18 A, Größe 5,11 Ar,

B) eingetragen im Grundbuch von Fischbach, Band 41, Blatt 1419,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fischbach, Flur 4, Flurstück 272, Grünland Im Kessel, Größe 15,07 Ar,

soll am Dienstag, dem 29. Oktober 1985, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 4. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Herbert Sommer, 6233 Kelkheim/Ts., — zur Hälfte —.

Der Wert der Grundbesitzhälften ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 310 000,— DM für Flur 24, Flurstück 374/1, und 374/2 (Blatt 3080); 5 274,50 DM für Flur 4, Flurstück 272 (Blatt 1419).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 18. 6. 1985
Amtsgericht, Abt. 9

3316

1 K 22/85: Der im Grundbuch von Korbach, Band 159, Blatt 4609, auf die Schuldner zur Hälfte eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 531/29, Hof- und Gebäudefläche, Am Jungfernstein 16, Größe 9,58 Ar,

soll am Freitag, dem 25. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fritz Kesper und Gisela Kesper geb. Przygodda, Am Jungfernstein 16, 3540 Korbach, — zur Hälfte in Gütergemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG bezüglich der Hälfte festgesetzt auf 62 565,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3317

1 K 104/84: Die im Grundbuch von Adorf, Band 23, Blatt 672, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Adorf, Flur 10, Flurstück 11/1, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Webel, Haus Nr. 1, Größe 18,50 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Adorf, Flur 10, Flurstück 11/4, Weg, Auf dem Webel, Größe 5,29 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Giershagen, Flur 5, Flurstück 175/56, Ackerland, Am Webel, Größe 42,81 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Giershagen, Flur 5, Flurstück 177/56, Ackerland, Am Webel, Größe 36,05 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Giershagen, Flur 5, Flurstück 187, Hof- und Gebäudefläche, Am Webel, Größe 18,21 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Giershagen, Flur 5, Flurstück 166/58, Holzung, Unland, Am Webel, Größe 72,23 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Adorf, Flur 10, Flurstück 11/2, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Webel, Haus Nr. 2, Größe 16,68 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Adorf, Flur 10, Flurstück 11/3, Ackerland, Auf dem Webel, Größe 11,77 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 2. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 10. 1984/ 29. 1. 1985 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Kaufmann Hans Thier, Kreuzstraße 7, 5840 Schwerte.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Nr. 2 auf	324 000,— DM,
Grundstück Nr. 4 auf	19 500,— DM,
Grundstück Nr. 5 auf	26 500,— DM,
Grundstück Nr. 6 auf	13 000,— DM,
Grundstück Nr. 7 auf	302 000,— DM,
Grundstück Nr. 8 auf	83 000,— DM,
Grundstück Nr. 9 auf	205 000,— DM,
Grundstück Nr. 10 auf	41 000,— DM,
Gesamtwert aller Grundstücke auf	1 014 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

3318

1 K 110/84: Das im Grundbuch von Dorfitter, Band 14, Blatt 462, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dorfitter, Flur 1, Flurstück 246, Bauplatz, Am alten Sportplatz, bebaut mit einem Wohnhaus und einer Garage, Größe 7,65 Ar,

soll am Mittwoch, dem 9. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Raum 12, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 10. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Schmökel, Johannes, Kraftfahrer, geb. 4. 1. 1936,

2. Schmökel, Annelore, geb. Schlüter, Näherin, geb. 15. 4. 1937, beide Heideweg 12, 3540 Korbach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 248 032,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 20. 6. 1985 **Amtsgericht**

3319

1 K 71/84: Das im Grundbuch von Bömighausen, Band 7, Blatt 194, auf den Schuldner zur Hälfte eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Flur 10, Flurstück 20/4, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Berghof 2, Größe 8,15 Ar,

soll am Freitag, dem 8. November 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Erdgeschoß, Raum 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 8. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wilhelm Becker, Ständergrund 5, Willingen-Bömighausen, — zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 11 410,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3540 Korbach, 19. 6. 1985 **Amtsgericht**

3320

K 98/84: Der im Grundbuch von Rosengarten, Band 7, Blatt 214, eingetragene ideelle halbe Grundstücksanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rosengarten, Flur 1, Flurstück 18, Hof- und Gebäudefläche, Hofheimer Str. 81, Größe 15,88 Ar,

Gartenland, Am Wehrzollhaus, Größe 14,64 Ar,

soll am Donnerstag, dem 3. Oktober 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 12. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Streblau, Horst, Rosengarten, — zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 3. 5. 1985 **Amtsgericht**

3321

7 K 63/83: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ober-Roden, Band 89, Blatt 4104,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Ober-Roden, Flur 26, Flurstück 422/1, Hof- und Gebäudefläche, Odenwaldstraße 63, Größe 34,15 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Ober-Roden, Flur 26, Flurstück 422/2, Hof- und Gebäudefläche, Senefelderstraße 26, Größe 30,82 Ar,

soll am Donnerstag, dem 19. September 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Raum 20, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 7. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elli Mieth, Dockendorffstraße 2, 6074 Rödermark.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 023 300,— DM für Flur 26, Flurstück 422/1; 506 640,— DM für Flur 26, Flurstück 422/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6070 Langen, 13. 6. 1985 **Amtsgericht**

3322

K 7/85: Das im Grundbuch von Bobenhausen II, Band 12, Blatt 642, eingetragene Grundstück — Gemarkung Bobenhausen II,

lfd. Nr. 28, Flur 1, Nr. 112/4, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 39, Größe 2,05 Ar, Wert: 28 000,— DM,

soll am Mittwoch, dem 18. September 1985, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Str. 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 3. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Gisela Maria Weil geb. Haidu, Homberg, — zur Hälfte —,

2. a) Gisela Maria Weil geb. Heidu, Homberg,

2. b) Otto Heidu, Ulrichstein-Bobenhausen II, — in Erbengemeinschaft zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6420 Lauterbach (Hessen), 14. 6. 1985
Amtsgericht

3323

K 1/85: Das im Grundbuch von Maar, Band 40, Blatt 1291, eingetragene Grundstück — Gemarkung Maar —,

lfd. Nr. 9, Flur 1, Nr. 339/2, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 47, Größe 5,69 Ar, Wert: 84 000,— DM,

soll am Mittwoch, dem 28. August 1985, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Str. 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 1. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Elfriede Jutta Schmitt geb. Schaub, wohnhaft Hauptstr. 47, 6420 Lauterbach-Maar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6420 Lauterbach (Hessen), 13. 6. 1985
Amtsgericht

3324

7 K 39/84: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Staffel, Band 40, Blatt 1268,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 505, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße 21, Größe 14,09 Ar,

soll am Mittwoch, dem 23. Oktober 1985, 14.30 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 5. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Architekt Berthold Sternberg,

b) dessen Ehefrau Dr. med. Felicia Sternberg-Epstein, in Limburg-Staffel, Sudetenstraße 21.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 995 000,— DM (Einfamilienwohnhaus mit Schwimmhalle, Sauna, Doppelgarage sowie Räumen für ärztl. Behandlung).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 15. 5. 1985
Amtsgericht

3325

7 K 25/81: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Bad Camberg, Band 79, Blatt 2669,

lfd. Nr. 2, Flur 10, Flurstück 34/3, Hof- und Gebäudefläche, Max-Planck-Straße, Größe 4,69 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 10, Flurstück 35/1, Hof- und Gebäudefläche, Max-Planck-Straße 7, Größe 9,30 Ar,

soll am Mittwoch, dem 9. Oktober 1985, 14.00 Uhr, Raum 14, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Limburg a. d. Lahn, Schiede 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 10. 1981 und 8. 9. 1983 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Günter Megolat in Bad Camberg, Max-Planck-Straße 7.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 528 500,— DM für Grundstück Nr. 2; 710 000,— DM für Grundstück Nr. 3.

Das Grundstück Nr. 2 ist mit einer Gewerbehalle (Bushalle) mit angegliedertem Sozialraum und Werkstattraum bebaut. Auf dem Grundstück Nr. 3 ist ein Wohngebäude mit Garage, die als Büroraum umgebaut ist, errichtet.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6250 Limburg a. d. Lahn, 7. 3. 1985
Amtsgericht

3326

1 K 13/83: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Gensungen, Band 36, Blatt 1193,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gensungen, Flur 4, Flurstück 67/3, Hof- und Gebäudefläche, Langenwaldstraße 14, Größe 16,90 Ar,

soll am Freitag, dem 6. September 1985, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Kasseler Straße 29, 3508 Melsungen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 5. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hayo Hayessen, Witzenhausen.

In einem früheren Versteigerungstermin wurde der Zuschlag gemäß § 85 a Abs. 1 ZVG versagt.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 294 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 5. 6. 1985 **Amtsgericht**

3327

1 K 65/84: Das im Grundbuch von Ober-Lais, Amtsgerichtsbezirk Nidda, Band 16, Blatt 1096, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Ober-Lais, Flur 8, Flurstück 62, Grünland, Schaberg, Größe 49,20 Ar,

soll am Montag, dem 26. August 1985, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6478 Nidda 1, Schloßgasse 23, Raum 1, Erdgeschoß durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 10. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helmuth Franz Dottermosch, geb. 19. 4. 1938, jetzt wohnhaft Butzbacher Straße 3, 6308 Butzbach-Hoch-Weisel.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4 083,60 DM für Flur 8, Nr. 62.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6478 Nidda, 18. 6. 1985 **Amtsgericht**

3328

1 K 35/84: Das im Grundbuch von Ober-Lais, Amtsgerichtsbezirk Nidda, Band 35, Blatt 1649, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Ober-Lais, Flur 1, Flurstück 144, Hof- und Gebäudefläche, Unter-Laiser Str. 4, Größe 4,65 Ar,

soll am Montag, dem 16. September 1985, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6478 Nidda 1, Schloßgasse 23, Raum 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 8. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Abt. I Nr. 1 a: Eisermann, Bernd, geb. 9. 7. 1955, — zur Hälfte —,

Nr. 1 b: Eisermann geb. Ruhl, Doris Sylvia, geb. 14. 12. 1957, — zur Hälfte —, jetzt beide wohnhaft: Raun 31, 6478 Nidda 1.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 142 700,— DM für Flur 1, Nr. 144.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6478 Nidda, 10. 6. 1985 **Amtsgericht**

3329

7 K 9/85: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bürgel, Band 88, Blatt 3450, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bürgel, Flur 1, Flurstück 426, LB 941, Hof- und Gebäudefläche, Kurfürstenstraße 45, Größe 3,46 Ar,

am Donnerstag, dem 17. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 1. 1985 (Tag des Versteigerungvermerks):

Randolf Weiner, Offenbach am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 330 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 17. 5. 1985
Amtsgericht

3330

7 K 97/81: Durch Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Dietesheim, Band 57, Blatt 2591, eingetragenen Grundstücke,

Gemarkung Dietesheim, Flur 6, LB 798, lfd. Nr. 1 und 2, Flurstücke 504/7 und 504/6, Hof- und Gebäudefläche, Hanauer Str. 200, Größe 4,14 Ar,

Ackerland zwischen Main und Radbusch, Größe 3,04 Ar,

am Dienstag, dem 29. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstr. 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 7. 1981 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Albert Milbrat in Mühlheim/Main-Dietesheim.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 350 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 29. 4. 1985
Amtsgericht

3331

7 K 151/84: Auf Antrag des Konkursverwalters soll das im Grundbuch von Bürgel, Band 134, Blatt 4821, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bürgel, Flur 6, Flurstück 151, LB 1097, Grünland, In den Erlenseewiesen, Größe 110,42 Ar,

am Dienstag, dem 23. Juli 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstr. 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 8. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karl-Heinz Reese (im Konkurs).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 773 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 19. 6. 1985
Amtsgericht

3332

K 12/85 — **Beschluß:** Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Nentershausen, Band 30, Blatt 742,

Best.Verz. lfd. Nr. 1, Gemarkung Nentershausen, Flur 5, Flurstück 12, Hof- und Gebäudefläche, Schützenrasen 8, Größe 4,45 Ar,

Best.Verz. lfd. Nr. 3, Gemarkung Nentershausen, Flur 5, Flurstück 46, Wegefläche, Im Dorf, Größe 0,42 Ar,

soll am Freitag, dem 6. September 1985, 8.30 Uhr, Sitzungssaal I, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg a. d. Fulda, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 3. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1 a) Römhild, Heinrich, Eisenbahner, geb. am 16. 3. 1939, wohnhaft in Nentershausen, Schützenrasen 8, und dessen Ehefrau,

1 b) Römhild, Ursula, geb. Wilschewski, geb. am 26. 11. 1940, jetzt wohnhaft: Am Ziegelfeld 1 in 6446 Nentershausen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 163 000,— DM,
lfd. Nr. 3 auf 830,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 10. 6. 1985
Amtsgericht

3333

K 2/85 — **Beschluß:** Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Rotenburg a. d. Fulda, Band 117, Blatt 4047, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rotenburg a. d. Fulda, Flur 8, Flurstück 9/22, Hof- und Gebäudefläche, Katzenkopfweg 28, Größe 16,94 Ar,

soll am Freitag, dem 27. September 1985, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Rotenburg a. d. Fulda, Weidenberggasse 1, Erdgeschoß, Sitzungssaal I, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 1. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Wollweber Brigitte, geb. Hoffmann, geb. am 3. 5. 1948, wohnhaft: Katzenkopfweg 28, 6442 Rotenburg a. d. Fulda.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 050 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 10. 6. 1985
Amtsgericht

3334

K 37/82 — **Beschluß:** Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Hönebach, Band 20, Blatt 590, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hönebach, Flur 3, Flurstück 64/1, Hof- und Gebäudefläche, Thüringer Straße 67, Größe 7,88 Ar,

soll am Freitag, dem 20. September 1985, 10.00 Uhr, Sitzungssaal I, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg a. d. Fulda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 12. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Elektriker Günther Hartwig, Bahnhofstraße 1, 6444 Wildeck-Hönebach.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt worden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 345 742,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 10. 6. 1985
Amtsgericht

3335

K 10/85 — **Beschluß:** Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Lispenhausen, Band 9, Blatt 368, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Lispenhausen, Flur 11, Flurstück 212/88, Ackerland, Größe 28,40 Ar,

Hof- und Gebäudefläche, Hirtgasse 24, Größe 12,71 Ar,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Lispenhausen, Flur 11, Flurstück 414/88, Ackerland, Auf'm Stück, Größe 12,59 Ar,

soll am Freitag, dem 18. Oktober 1985, 8.30 Uhr, Sitzungssaal I, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg a. d. Fulda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 3. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Holzkaufmann Gerhard Kahl, geb. 27. 3. 1929, wohnhaft Fasanenweg 59 in 3500 Kassel.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt

BV lfd. Nr. 14 auf 244 440,— DM,
BV lfd. Nr. 15 auf 50 360,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 10. 6. 1985
Amtsgericht

3336

K 45/83 — **Beschluß:** Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Nentershausen, Band 28, Blatt 692, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nentershausen, Flur 3, Flurstück 5/25, Hof- und Gebäudefläche, Am Armenberg 2, Größe 6,11 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Nentershausen, Flur 3, Flurstück 5/26, Hof- und Gebäudefläche, Am Armenberg 2, Größe 0,50 Ar,

soll am Freitag, dem 27. September 1985, 10.30 Uhr, Sitzungssaal I, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg a. d. Fulda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 12. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Maurer Wilhelm Koch, geb. am 4. 9. 1936, und dessen Ehefrau,

2. Monika Koch, geb. Matla, geb. am 13. 4. 1951, zu 1. und 2. wohnhaft: Heideweg 2, 6446 Nentershausen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt

lfd. Nr. 1 Best.Verz. auf 186 000,— DM,
lfd. Nr. 2 Best.Verz. auf 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 10. 6. 1985
Amtsgericht

3337

3 K 14/83: Das im Grundbuch von Presberg, Bezirk Presberg, Band 23, Blatt 943, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 237, Gartenland, Enkelgärten, Größe 2,03 Ar,

soll am Freitag, dem 4. Oktober 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 9, Zimmer 15, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 8. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Friseur Severin Strieth, geb. 3. 5. 1936, Presberg.

Im Termin am 14. Juni 1985 wurde der Zuschlag nach § 85 a Abs. 1 ZVG versagt. Im neuen Termin ist eine Zuschlagsversagung aus §§ 74 a Abs. 1 oder 85 a Abs. 1 ZVG nicht mehr möglich.

Festgesetzter Wert ist 24 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6220 Rüdesheim am Rhein, 14. 6. 1985
Amtsgericht

3338

3 K 69/82 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Ottrau, Band 24, Blatt 648, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ottrau, Flur 5, Flurstück 5/11, Hof- und Gebäudefläche, Am Bahnhof 7, Größe 3,77 Ar,

soll am Freitag, dem 16. August 1985, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt-Treysa, Steinkautsweg 2, Raum 13, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. 1. 1983 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dietlinde Dilly geb. Lamatsch, geb. 24. 10. 1940, Am Bahnhof 7, Ottrau.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 270 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 18. 3. 1985 Amtsgericht

3339

2 K 16/84: Das im Grundbuch von Rommerode, Band 34, Blatt 1091, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Rommerode, Flur 4, Flurstück 57/9, Hof- und Gebäudefläche, An der Mühle, Größe 2,56 Ar,

soll am Montag, dem 12. August 1985, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Walburger Str. 38, Zimmer 121 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 6. 1984 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Irmtraud Hofmann geb. Dilchert, Berliner Str. 53, 3432 Großalmerode.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG auf 70 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 10. 6. 1985 Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

24. Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden

§ 1
Änderung der Satzung

1. § 11 wird wie folgt geändert:
   a) In Abzatz 2 Satz 1 Buchst. b werden nach den Worten „oder 2" die Worte „ober Abs. 5 a oder 5 b" eingefügt.
   b) In Absatz 3 Satz 4 werden nach dem Wort „Arbeitszeit" die Worte „oder in einem Fall des § 34 a Abs. 1 Buchst. a die für entsprechende Vollbeschäftigte maßgebende tarifvertraglich vereinbarte oder betriebsübliche durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, so" eingefügt.

2. In § 13 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a werden nach den Worten „eingetreten ist" die Worte „oder deren Pflichtversicherung zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles als aufrechterhalten gegolten hat" angefügt.

3. In § 17 Abs. 3 Buchst. m werden nach den Worten „Abs. 2" die Worte „Satz 1 Buchst. c bis e" eingefügt.

4. § 28 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
   „(2) Der Versicherte gilt als bei Eintritt des Versicherungsfalles (§ 30) pflichtversichert, wenn die Pflichtversicherung an dem Tag, der dem Tag des Eintritts des Versicherungsfalles vorhergeht, aus Anlaß des Eintritts des Versicherungsfalles geendet hat."
   b) Es werden folgende Absätze 5 a und 5 b eingefügt:
   „(5 a) [1]Als bei Eintritt des Versicherungsfalles pflichtversichert gilt ein beitragsfrei Versicherter, der auf Grund eines für das Mitglied geltenden Tarifvertrages im Sinne des Vorruhestandsgesetzes aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist und bis zum Eintritt des Versicherungsfalles (§ 30) ununterbrochen einen Anspruch auf Vorruhestandsleistungen gehabt hat; ein Ruhen des Anspruchs bis zu 150 Kalendertagen ist unschädlich. [2]Absatz 5 Satz 3 gilt entsprechend. [3]Für die Anwendung des § 32 Abs. 2 und 3 ist die Zeit zugrunde zu legen, die — ohne die Anwendung des § 33 Abs. 2 a — gesamtversorgungsfähig wäre, wenn auch für die Zeit des Vorruhestandes Umlagen entrichtet worden wären; die Höchstgrenze von 75 v. H. bleibt unberücksichtigt. [4]Der so errechnete Vomhundertsatz ist in dem Verhältnis zu kürzen, in dem die gesamtversorgungsfähige Zeit (§ 33) zu der nach Satz 3 zugrunde gelegten Zeit steht; jedoch dürfen 75 v. H. nicht überschritten und in den Fällen des § 32 Abs. 2 Satz 1 35 v. H. nicht unterschritten werden. [5]Für die Anwendung des § 32 Abs. 3 b Satz 1 gelten die Sätze 3 und 4 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle von 75 v. H. 89,95 v. H. — in den Fällen des § 104 Abs. 1 91,75 v. H. — und an die Stelle von 35 v. H. 45 v. H. treten. [6]Der sich aus den Sätzen 4 und 5 ergebende Verhältniswert ist gemeinüblich auf zwei Stellen nach dem Komma zu runden.
   (5 b) Absatz 5 a Satz 3 bis 6 ist nicht anzuwenden, wenn auf Grund eines für das Mitglied geltenden Tarifvertrages für sämtliche bei dem Mitglied vorhandenen Empfänger von Vorruhestandsleistungen bis zum Eintritt des Versicherungsfalles ein Sonderbeitrag in Höhe von monatlich 7 v. H. der jeweiligen Bemessungsgrundlage für die Vorruhestandsleistung entrichtet worden ist."
   c) In Absatz 7 Satz 2 werden nach dem Wort „Abs. 2" die Worte „Satz 1 Buchst. c bis f" eingefügt.

5. Dem § 29 Abs. 2 wird folgender Satz 2 angefügt:
   „[2]Ob ein Arbeitsunfall vorgelegen hat, ist durch den Bescheid des Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung nachzuweisen."

6. § 30 erhält folgende Fassung:

„§ 30
Versicherungsfall

(1) [1]Der Versicherungsfall tritt bei einem Versicherten, der in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert ist, vorbehaltlich der Sätze 2 bis 4 und der Absätze 2 und 3, an dem Tag ein, von dem an ihm durch den Bescheid des Rentenversicherungsträgers

a) Rente wegen Berufsunfähigkeit nach § 1246 RVO, § 23 AVG oder § 46 RKG,
b) Rente wegen Erwerbsunfähigkeit nach § 1247 RVO, § 24 AVG oder § 47 RKG,
c) Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 3 RVO, § 25 Abs. 3 AVG oder § 48 Abs. 3 RKG,
d) Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 2 RVO, § 25 Abs. 2 AVG oder § 48 Abs. 2 RKG,
e) Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 1 RVO, § 25 Abs. 1 AVG oder § 48 Abs. 1 RKG,
f) Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 5 RVO, § 25 Abs. 5 AVG oder § 48 Abs. 5 RKG

bewilligt wird.

[2]Hat der Versicherte in den Fällen des Satzes 1 Buchst. f einen späteren Zeitpunkt als die Vollendung des 65. Lebensjahres bestimmt (§ 1248 Abs. 6 RVO, § 25 Abs. 6 AVG oder § 48 Abs. 6 RKG), so tritt der Versicherungsfall am Ersten des Monats ein, der auf den Monat folgt, in dem der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet, in den Fällen des § 20 Abs. 3 Satz 2 jedoch erst am Ersten des Monats, der auf den Monat folgt, mit dessen Ablauf das Arbeitsverhältnis geendet hat. [3]Ist im Bescheid des Rentenversicherungsträgers für den Eintritt der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsunfähigkeit ein vor dem Rentenbeginn liegender Tag festgestellt, so tritt der Versicherungsfall an diesem Tag ein. [4]Der Versicherungsfall tritt auf Antrag am Ersten des Monats ein, der auf den Monat folgt, mit dessen Ablauf der Pflichtversicherte aus dem die Pflichtversicherung begründenden Arbeitsverhältnis ausscheidet, weil

a) ihm eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit nach § 1247 Abs. 3 Satz 1 Buchst. b RVO, § 24 Abs. 3 Satz 1 Buchst. b AVG oder § 49 Abs. 1 Satz 2 Buchst. b RKG bewilligt worden ist oder
b) bei ihm, wenn er nicht zugleich Versorgungsrentenberechtigter ist, die Rente wegen Erwerbsunfähigkeit nach § 1253 Abs. 3 RVO, § 30 Abs. 3 AVG oder § 53 Abs. 3 a RKG neu festgestellt worden ist.

(2) [1]Der Versicherungsfall tritt bei einem Versicherten, der in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versichert ist oder der die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente oder eines Altersruhegeldes aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erfüllt, auf Antrag — vorbehaltlich der Sätze 4 bis 8 und des Absatzes 3 — am Ersten des Monats ein, der auf den Monat folgt, in dem der Antrag des Pflichtversicherten beim Mitglied, der Antrag des sontigen Versicherten bei der Kasse, eingegangen ist, wenn

a) der Versicherte berufsunfähig im Sinne der Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung ist und in den letzten 60 Kalendermonaten vor Eintritt der Berufsunfähigkeit mindestens 36 Umlagemonate zurückgelegt hat oder die Berufsunfähigkeit auf Grund eines Arbeitsunfalles eingetreten ist,
b) der Versicherte erwerbsunfähig im Sinne der Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung ist und in den letzten 60 Kalendermonaten vor Eintritt der Erwerbsunfähigkeit mindestens 36 Umlagemonate zurückgelegt hat oder die Erwerbsunfähigkeit auf Grund eines Arbeitsunfalls eingetreten ist,
c) die Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet und mindestens 180 Umlagemonate zurückgelegt hat, von denen mindestens 121 auf die letzten 240 Kalendermonate vor der Vollendung des 60. Lebensjahres entfallen,
d) der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet und mindestens 180 Umlagemonate zurückgelegt hat, von denen mindestens 96 auf die letzten 120 Kalendermonate vor der Antragstellung entfallen, arbeitslos im Sinne des Arbeitsförderungsgesetzes ist und innerhalb der letzten eineinhalb Jahre vor der Antragstellung insgesamt mindestens 52 Wochen arbeitslos gewesen ist,
e) der Pflichtversicherte

aa) das 63. Lebensjahr vollendet hat oder

bb) das 60. Lebensjahr vollendet hat und in diesem Zeitpunkt Schwerbehinderter nach § 1 des Schwerbehindertengesetzes ist

und mindestens 420 Umlagemonate zurückgelegt hat,

f) der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat.

[2]Der Antrag nach Satz 1 bedarf der Schriftform. [3]Satz 1 Buchst. a und b gilt nicht, wenn der Rentenversicherungsträger wegen Rehabilitationsmaßnahmen eine Rente nicht gewährt oder die Gewährung einer Rente abgelehnt hat, weil der Versicherte weder berufsunfähig noch erwerbsunfähig ist. [4]Ob der Versicherte berufsunfähig oder erwerbsunfähig ist, ist durch amtsärztliches Gutachten, ob die Berufsunfähigkeit oder die Erwerbsunfähigkeit durch Arbeitsunfall eingetreten ist, ist durch den Bescheid des Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung nachzuweisen. [5]Ob der Versicherte die Voraussetzungen des Satzes 1 Buchst. d hinsichtlich der Arbeitslosigkeit erfüllt, ist durch Bescheinigung des Arbeitsamtes nachzuweisen. [6]Ist im amtsärztlichen Gutachten für den Eintritt der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsunfähigkeit ein bestimmter Tag angegeben, ist dieser maßgebend, sonst der Tag der abschließenden Untersuchung. [7]In den Fällen des Satzes 1 Buchst. a und b sind auf Antrag auch Monate zu berücksichtigen, die nicht zugleich Umlagemonate sind, für die der Versicherte jedoch in den in Satz 1 Buchst. a und b genannten 60 Kalendermonaten Beiträge zu einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung im Sinne des § 7 Abs. 2 AVG auf Grund eines Arbeitsverhältnisses gezahlt hat, in dem er mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Angestellten beschäftigt gewesen ist. [8]Der Versicherungsfall tritt in den Fällen des Satzes 1 Buchst. c bis f frühestens am Ersten des Monats ein, der auf den Monat folgt, in dem die Voraussetzungen einer dieser Vorschriften erfüllt sind, jedoch nicht vor dem Ersten des Monats, der auf den Monat folgt, mit dessen Ablauf das Arbeitsverhältnis geendet hat.

(3) Ist der Versicherungsfall im Monat Dezember eingetreten und hat die Pflichtversicherung mindestens bis zum Ablauf dieses Monats bestanden, so gilt der Versicherungsfall als am 1. Januar des folgenden Kalenderjahres eingetreten."

7. § 31 Abs. 2 Satz 1 Buchst. a wird wie folgt geändert:
   a) Nach dem Doppelbuchstaben dd wird das Semikolon durch ein Komma ersetzt.
   b) Es wird folgender Doppelbuchstabe ee eingefügt:
      „ee) wegen des Zusammentreffens mit einer höheren Erziehungsrente nach § 1265 a Abs. 2 RVO, § 42 a Abs. 2 AVG, § 65 a Abs. 2 RKG nicht gezahlt würde;"
8. § 32 Abs. 5 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 werden nach den Worten „Abs. 2" die Worte „Satz 1 Buchst. c bis f" eingefügt und die Worte „Satz 2 bis 4 Beamtenversorgungsgesetz" durch die Worte „Satz 3 und 4 des Beamtenversorgungsgesetzes" ersetzt.
   b) Es wird folgender Satz 3 angefügt:
      „[3]Für die Anwendung des Satzes 1 Buchst. b Doppelbuchstabe aa tritt in den in § 28 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a und b genannten Fällen an die Stelle der Zahl 180 die Zahl 228."
9. In § 33 Abs. 2 a werden nach den Worten „§ 28 Abs. 5" die Worte „, 5 a und 5 b" eingefügt.
10. § 34 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 7 werden die Worte „tarifvertraglich vereinbarter Leistungs- oder Prämienlohnsysteme für Waldarbeiter" durch die Worte „von Leistungs- oder Prämienlohnsystemen für Waldarbeiter, die tarifvertraglich oder auf tarifvertraglicher Grundlage vereinbart sind, gezahlt werden und" ersetzt.
   b) In Absatz 1 a Satz 1 werden nach dem Wort „Krankenbezüge" die Worte „oder wegen einer Beendigung des Arbeitsverhältnisses in den in § 28 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a und b genannten Fällen" eingefügt.
   c) In Absatz 6 werden nach den Worten „§ 28 Abs. 5" die Worte „, 5 a und 5 b" eingefügt.
11. § 34 a wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 Satz 7 werden die Worte „Endet die Pflichtversicherung im Laufe eines Kalenderjahres, ist" durch die Worte „Hat die Pflichtversicherung im Laufe eines Kalenderjahres geendet, so ist" ersetzt.
   b) In Absatz 4 werden jeweils die Worte „dem Gesamtbeschäftigungsquotienten" durch die Worte „dem Verhältnis des Gesamtbeschäftigungsquotienten zu 1,00" ersetzt.
12. In § 35 Abs. 2 werden die Worte „Treten bei einem Versicherungsrentenberechtigten erneut die in § 30 Abs. 1 und 2 bezeichneten Ereignisse ein" durch die Worte „Tritt bei einem Versicherungsrentenberechtigten ein neuer Versicherungsfall ein" ersetzt.
13. In § 40 Absatz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:
    „[3]Der Höchstbetrag nach Satz 2 ist vom Beginn der Versorgungsrente an jeweils in entsprechender Anwendung des § 47 Abs. 1 Satz 1 anzupassen."
14. Die Überschrift zu § 42 erhält folgende Fassung:
    „§ 42
    Höchstbeträge bei mehreren Hinterbliebenen"
15. § 46 a wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Buchstabe c werden die Worte „im Sinne des § 30 Abs. 1 und 2" gestrichen und die Worte „§ 30 Abs. 2" durch die Worte „§ 30 Abs. 2 Satz 1 Buchst. c bis e" ersetzt.
      bb) In Buchstabe g wird das Komma durch einen Punkt ersetzt.
      cc) Buchstabe h wird gestrichen.
   b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „im Sinne des § 30 Abs. 1 oder 2" gestrichen.
   c) In Absatz 5 Satz 1 werden nach den Worten „§ 41 Abs. 5 Buchst. c und d" die Worte „oder nicht dynamische Bestandteile der Bezüge im Sinne des § 31 Abs. 2 Buchst. a, § 40 Abs. 3 Buchst. a, § 41 Abs. 5 Buchst. a oder § 57 Abs. 2 Satz 2" eingefügt und die Worte „sind diese Bezüge" durch die Worte „so sind sie" ersetzt.
   d) In Absatz 6 Satz 2 werden nach den Worten „Abs. 2" die Worte „Satz 1 Buchst. c bis f" eingefügt.
   e) In Absatz 8 Buchst. c werden die Worte „und § 41 Abs. 5" durch die Worte „, § 41 Abs. 5 und § 57 Abs. 2 Satz 2" ersetzt.
16. § 47 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 werden die Worte „und § 41 Abs. 5" durch die Worte „, § 41 Abs. 5 und § 57 Abs. 2 Satz 2" ersetzt.
      bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Gesamtversorgung" die Worte „und der nach Satz 1 angepaßten Bezüge" eingefügt.
   b) In Absatz 3 Buchst. c werden die Worte „und § 41 Abs. 5" durch die Worte „, § 41 Abs. 5 und § 57 Abs. 2 Satz 2" ersetzt.
17. § 49 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Versorgungsrentenberechtigter" die Worte „während des Ruhens seines Arbeitsverhältnisses wegen des Bezugs einer Zeitrente oder" eingefügt.
   b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „war" die Worte „oder wegen des Bezugs einer Zeitrente geruht hatte" eingefügt.
   c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
      aa) In Buchstabe a werden nach dem Wort „Gesamtversorgung" die Worte „zuzüglich des Ausgleichsbetrags (§§ 103, 104)" eingefügt.
      bb) In Buchstabe b werden nach den Worten „gelegen hat," die Worte „zuzüglich des Ausgleichsbetrags, der der Witwe zugestanden hat (§§ 103, 104)," eingefügt.
18. § 50 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „im" durch die Worte „für den" ersetzt.
   b) In Absatz 3 Satz 1 wird der Punkt nach den Worten „vervielfacht wird" durch einen Doppelpunkt ersetzt und es wird die Tabelle mit den Vervielfachungsfaktoren als Teil des Satzes 1 vor den Sätzen 2 bis 4 eingefügt.
   c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 wird das Wort „Nimmt" durch das Wort „Hat" ersetzt.
      bb) In Satz 2 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und der anschließende Satzteil gestrichen.
      cc) Es wird folgender Satz 3 eingefügt:
      „[3]Hat ein Berechtigter seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nach dem Entstehen des Anspruchs

außerhalb des Bundesgebietes einschließlich des Landes Berlin genommen, tritt dieser Zeitpunkt an die Stelle des Zeitpunktes des Entstehens des Anspruchs."

dd) Satz 3 wird Satz 4.

19. § 52 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) [1]Die Versorgungsrente oder die Versicherungsrente beginnt, wenn der Versicherungsfall

a) nach § 30 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a oder b eingetreten ist, mit dem Beginn der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung,

b) nach den übrigen Vorschriften des § 30 eingetreten ist, mit dem Eintritt des Versicherungsfalles.

[2]Ist der Versicherungsfall nach § 30 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a oder b oder nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Buchst. a oder b eingetreten, beginnt die Versorgungsrente jedoch frühestens am Ersten des Monats, der auf den Monat folgt, für den letztmals laufendes Arbeitsentgelt, Krankenbezüge, Krankengeldzuschuß — auch soweit der Krankengeldzuschuß wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers nicht gezahlt worden ist —, Urlaubslohn oder Urlaubsvergütung aus dem Arbeitsverhältnis, das aus Anlaß des Eintritts des Versicherungsfalles geendet hat, zugestanden haben. [3]Erhält der Versorgungsrentenberechtigte eine Rente auf Zeit (§ 1276 RVO, § 53 AVG, § 72 RKG) und tritt auf Grund tarifvertraglicher Vorschriften das Ruhen des Arbeitsverhältnisses ein, so tritt der Beginn des Ruhens an die Stelle der Beendigung des Arbeitsverhältnisses."

b) In Absatz 3 Buchst. b werden die Worte „und h" gestrichen.

20. § 52 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Buchst. b erhält folgende Fassung:

„b) bei dem Versorgungsrentenberechtigten und dem Versicherungsrentenberechtigten, bei dem der Versicherungsfall nach § 30 Abs. 2 Satz 1 Buchst. c bis e eingetreten ist, das Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung wegfallen würde, wenn ein solcher Anspruch bestehen würde."

b) In Absatz 2 Satz 2 werden in der Klammer die Worte „Abs. 1 Buchst. b" gestrichen.

21. § 55 Absatz 6 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „§ 30 Abs. 2 Satz 1 Buchst. a" durch die Worte „Abs. 2 Satz 1 Buchst. c" ersetzt.

b) In Satz 2 werden nach dem Wort „RKG" die Worte „oder die Voraussetzungen des § 30 Abs. 2 Satz 1 Buchst. e" eingefügt.

22. § 57 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden die Worte „— einschließlich der bis zum Wiederaufleben erfolgten Erhöhungen auf Grund der Rentenanpassungsgesetze —" gestrichen, in Buchstabe f wird der Punkt nach dem Wort „BGB" durch ein Komma ersetzt und es werden folgende Buchstaben g und h angefügt:

„g) Ansprüche auf Versorgungsrente oder Versicherungsrente für Witwen gegen die Kasse oder gegen eine Zusatzversorgungseinrichtung, mit der ein Überleitungsabkommen besteht,

h) Ansprüche auf Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung."

b) Satz 3 erhält folgende Fassung:

„[3]Treten in Satz 2 genannte Bezüge neu hinzu oder fallen sie weg, so ist die Versorgungsrente in sinngemäßer Anwendung des § 46 a neu zu berechnen."

23. § 62 Absatz 7 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Buchstabe b werden die Worte „(mit Ausnahme des nicht ruhegehaltfähigen Teils des Ortszuschlags sowie des Sozialzuschlags)" gestrichen.

b) In Buchstabe s werden nach dem Wort „Aufwandsentschädigungen;" die Worte „reisekostenähnliche Entschädigungen;" eingefügt.

24. In § 64 a Abs. 3 wird das Wort „ruhen" durch die Worte „geruht haben" ersetzt.

25. § 97 Abs. 4 Satz 2 wird gestrichen.

26. § 102 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„[1]Anstelle des § 31 Abs. 3 und 4, § 40 Abs. 5 und 6 und § 41 Abs. 6 und 7 in der vom 1. Januar 1985 an geltenden Fassung sind für den Versorgungsrentenberechtigten und den versorgungsrentenberechtigten Hinterbliebenen, dessen Versorgungsrente spätestens am 31. Dezember 1984 begonnen hat, die genannten Vorschriften in der am 31. Dezember 1984 geltenden Fassung anzuwenden."

27. § 103 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe c werden vor dem Wort „die" die Worte „, außer in den Fällen des § 97", eingefügt und es wird der Punkt nach dem Wort „ist" durch ein Komma ersetzt.

bb) Es wird folgender Buchstabe d angefügt:

„d) in den Fällen des § 97

aa) an die Stelle des Absatzes 5 Satz 1 Buchst. a bis c die Worte „für den für mindestens 240 Monate Beiträge an die Kasse entrichtet sind," treten,

bb) Absatz 5 Satz 2 nicht anzuwenden ist, und

cc) die Gesamtversorgung 75 v. H. des gesamtversorgungsfähigen Entgelts nicht überschreiten darf."

b) In Absatz 7 wird die Zahl „5" durch die Zahl „6" ersetzt.

28. § 105 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Der Beschäftigungsquotient für vor dem 1. Januar 1985 liegende Versicherungsabschnitte ist nach § 34 a Abs. 2 in der am 31. Dezember 1984 geltenden Fassung mit der Maßgabe zu ermitteln, daß die Beschäftigungsquotienten für die Zeit der Pflichtversicherung vor dem 1. Januar 1982 ausschließlich auf der Grundlage der arbeitsvertraglich vereinbarten durchschnittlichen, regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit zu berechnen sind."

§ 2

Inkrafttreten, Außerkrafttreten von Übergangsvorschriften

(1) [1]Diese Satzungsänderung tritt, soweit sich aus Satz 2 nichts anderes ergibt, am 1. Januar 1985 in Kraft. [2]Abweichend von Satz 1 treten in Kraft

a) § 1 Nrn.1 Buchst. a, 2, 4 Buchst. b und 10 Buchst. c mit Wirkung vom 1. Mai 1984,

b) § 1 Nrn. 3, 4 Buchst. a, 6, 8, Buchst. a, 12, 15 Buchst. a Doppelbuchst. aa, 19 Buchst. a und 20 mit Wirkung vom 1. Juli 1984.

(2) § 2 Nr. 1 Absatz 1 Satz 1 der 22. Änderung der Satzung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1984 außer Kraft.

6200 Wiesbaden, 14. Juni 1985

Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden

---

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für das Haushaltsjahr 1985

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1985 (I), die aufsichtsbehördlichen Genehmigungen (II) und der Zeitraum der öffentlichen Auslegung (III) werden hiermit öffentlich bekanntgemacht.

I. Haushaltssatzung

Auf Grund der §§ 12 Abs. 3 und 22 Abs. 1 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93) zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1981 (GVBl. S. 414) in Verbindung mit dem sechsten Teil der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. S. 66) hat die Verbandsversammlung am 20. März 1985 folgende Haushaltssatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für das Haushaltsjahr 1985 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1985 wird festgesetzt:

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	1 384 291 100	DM
	in der Ausgabe auf	1 461 639 050	DM
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	57 698 300	DM
	in der Ausgabe auf	57 698 300	DM.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 1985 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf 16 267 300 DM festgesetzt. Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds Abt. A in Höhe von 5 064 000 DM eingestellt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 7 020 000 DM festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 1985 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 274 800 000 DM festgesetzt.

§ 5

Die Verbandsumlage wird

a) als allgemeine Umlage mit einem Hebesatz von 12,5 vom Hundert

b) als Sonderumlage mit einem Hebesatz von 1,0 vom Hundert

der für das Haushaltsjahr 1985 geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt.

Die Verbandsumlage und die Sonderumlage sind in Monatsbeträgen bis zum 15. jeden Monats zu zahlen.

§ 6

Es gilt der von der Verbandsversammlung am 20. März 1985 beschlossene und im Haushaltsplan nachgewiesene Stellenplan; er weist insgesamt 1 913 Stellen wie folgt aus:

665 Stellen für Beamte (hiervon 298 in den Wirtschaftsplänen)

1 042 Stellen für Angestellte

206 Stellen für Arbeiter.

In den Stellenübersichten der Wirtschaftspläne der Krankenhäuser, Kliniken usw. sind

4 421,5 Stellen für Angestellte und

1 156,0 Stellen für Arbeiter

ausgewiesen.

3500 Kassel, 20. März 1985

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Der Verwaltungsausschuß
gez. Dr. Pünder
Landesdirektor

II. Aufsichtsbehördliche Genehmigungen

Die gemäß § 20 MVLWG erforderliche Genehmigung über die Festsetzung des Hebesatzes sowie die auf Grund des § 22 MVLWG i. V. m. §§ 102 Abs. 4 und 103 Abs. 2 HGO erforderlichen Genehmigungen zu den Festsetzungen in den §§ 2 und 3 der Haushaltssatzung sind erteilt. Sie haben folgenden Wortlaut:

a) Betr. Genehmigung des Hebesatzes der Verbandsumlage

Nach § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1978 (GVBl. I S. 420) genehmigen wir für das Haushaltsjahr 1985 die Festsetzung des Hebesatzes der Verbandsumlage auf 13,5 v. H. der Umlagegrundlagen des Haushaltsjahres 1985.

6200 Wiesbaden, 22. Mai 1985

Der Hessische Minister des Innern
IV B 13 — 33 c 20/93 — 10/85
Im Auftrag:
gez. Voit

Der Hessische Minister der Finanzen
KO 9101 — III B 3
Im Auftrag:
gez. Käss

II. b) Betr. Genehmigung des Gesamtbetrages der Kreditaufnahmen und der Verpflichtungsermächtigungen

Hiermit erteile ich die Genehmigung

1. zur Aufnahme der in § 2 der Haushaltssatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für das Haushaltsjahr 1985 vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von

16 267 300,— DM

(in Worten: Sechzehnmillionenzweihundertsiebenundsechzigtausenddreihundert Deutsche Mark)

gemäß § 22 des Gesetzes über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen (Mittelstufengesetz) vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1978 (GVBl. I S. 420) und § 103 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66), unter dem Vorbehalt, daß die Aufnahme der einzelnen Kredite meiner Genehmigung nach § 103 Abs. 4 Nr. 2 HGO (Einzelgenehmigung) bedarf,

2. zur Inanspruchnahme der in § 3 der vorgenannten Haushaltssatzung vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von

7 020 000,— DM

(in Worten: Siebenmillionenzwanzigtausend Deutsche Mark)

gemäß § 22 des Mittelstufengesetzes und § 102 Abs. 4 HGO mit der Auflage, daß die Verpflichtungsermächtigungen nur für Maßnahmen in Anspruch genommen werden dürfen, für die nach § 99 Abs. 1 Satz 1 HGO Ausgaben geleistet werden dürfen oder für die ein Bewilligungsbescheid des Bundes oder des Landes vorliegt.

6200 Wiesbaden, 22. Mai 1985

Der Hessische Minister des Innern
IV B 13 — 33 c 20/93 — 10/85
Im Auftrag:
gez. Voit

III. Öffentliche Auslegung des Haushaltsplanes

Der Haushaltsplan 1985 liegt zur Einsichtnahme vom 3. Juli 1985 bis 9. Juli 1985 während der Dienststunden in der Hauptverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen in Kassel, Ständeplatz 6 bis 10, Zimmer 304, öffentlich aus.

3500 Kassel, 19. Juni 1985

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Der Verwaltungsausschuß
gez. Dr. Pünder
Landesdirektor

Sitzung des Verbandstags des Umlandverbandes Frankfurt

Die 3. — öffentliche — Sitzung des Verbandstags findet am Dienstag, 9. Juli 1985, 16.00 Uhr, im Plenarsaal der Stadt Frankfurt am Main, Rathaus-Römer, Eingang Römerberg, statt.

Tagesordnung I:

1. Mitteilungen des Vorsitzenden des Verbandstags
2. Mitteilungen des Verbandsausschusses
3. Fragestunde gem. § 12 der Geschäftsordnung
4. Wehrheim
   Planfeststellung für den Neubau der Nordumgehung Usingen im Zuge der B 275 und B 456
   hier: Ergänzungsverfahren für die Anlage einer Erddeponie in der Gemarkung Pfaffenwiesbach (Gemeinde Wehrheim)
5. Beseitigung von Landschaftsschäden
   hier: Rekultivierung des Wallersees in der Stadt Rodgau
6. Abfallverwertungsanlage Frankfurt am Main — Osthafen

6.1 Planfeststellungsverfahren Abfallverwertungsanlage Frankfurt am Main — Osthafen

6.2 Abfallverwertung
   hier: Marketingstudie

6.3 Abfallwirtschaft
   Transportsystemstudie und Planung des Transportsystems einschließlich Umladeanlagen

6.4 Abfallumlade- und Abfallferntransportsystem
   hier: Bau- und Finanzierungsvorlage

7. Umweltschutzbericht — Teil 1 — Straßenverkehrslärm
8. 380-kV-Leitung Limburg—Kriftel

9. Medizinische Versorgung
10. Giftmüllanlage in Frankfurt-Fechenheim
11. Konzept zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Offenbach; Untersuchung der Ingenieursozietät BGS, Frankfurt; Untersuchung der Deutschen Eisenbahn Consulting GmbH (DEC), Frankfurt
12. Erholungsgebiet Bürgel/Rumpenheimer Mainbogen
    hier: Weiterer Ausbau
13. Bad Soden
    Planfeststellung für den Ausbau der L 3015/L 3367 zwischen Bad Soden/Neuenhain und Schwalbach a. Ts. (L 3014) von Bau-km 0.0+00.00 bis Bau-km 1.8+20.00 einschließlich Anschluß der L 3015 (Bau-km 0.1+33.00 bis Bau-km 0.5+69.719) sowie Bau eines Rad- und Gehweges auf der Nordseite der L 3015/L 3367 von Bad Soden/Neuenhain bis zur L 3014 in Schwalbach a. Ts.
14. Frankfurt am Main
    Verlängerung der Kelsterbacher Spange bis zum Airportring (B 43)
    hier: Stellungnahme gem. § 33 (3) HStrG
15. 4. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung des UVF
16. Informationen des Verbandsausschusses
17. Erfassung der Umweltzerstörung im Verbandsgebiet
18. Demokratisierung von Planungsverfahren
19. Verkehrsbedingte Schadstoffgehalte in an Verkehrsstraßen liegenden gärtnerisch und landwirtschaftlich genutzten Flächen
20. Tempo 30
21. Erstellung einer Gesamtflächenbilanz im Ballungsraum

6000 Frankfurt am Main, 20. Juni 1985

Umlandverband Frankfurt
Der Verbandstag
Küchler, Vorsitzender

Bekanntmachung eines Lieferauftrages nach dem Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge (ABl. EG Nr. L 13/1 vom 15. Januar 1977 Anhang IIIB, StAnz. 1979 Nr. 26 S. 1354 ff.)

Zu 1:
Hessischer Minister der Justiz
Luisenstraße 13
D-6200 Wiesbaden
Tel. 0 61 21/3 21 (Sammelnummer)
0 61 21/3 27 36 (Bearbeiter)

Zu 2:
Beschränkte Ausschreibung

Zu 3:
a) 90 Behörden im Bundesland Hessen
b) Lieferung des jeweiligen Bedarfs der Behörden nach a) an Aktendeckeln auf die Dauer von mindestens 5, höchstens 10 Jahren nach Maßgabe der jeweiligen Einzelbestellungen. Es handelt sich um mit Aufhängevorrichtungen in der Mitte des Rückens versehene oder versehbare Pendelhefter in 5 Qualitätsstufen, davon 4 mit einer zusätzlichen Sonderausführung (Tasche). Die Aktendeckel sind je nach ihrem Verwendungszweck mit etwa 55 verschiedenen Aufdrucken (zumeist auf den beiden Außenseiten) zu versehen. Insgesamt sind jährlich etwa 1 Million Aktendeckel in unterschiedlichen Mengen zu verschiedenen Terminen zu liefern. Nebenprodukte wie Aufhängedeckschienen, Heftstreifen u. ä. sind ebenfalls anzubieten.
c) Nur Angebote zur Gesamtleistung, denen zu entnehmen ist, nach welchen Kriterien Preisanpassungen während der Laufzeit des Vertrages erfolgen sollen.

Zu 4:
Vertragsbeginn 1. Januar 1986, Lieferungen innerhalb von 6 Wochen nach Eingang der jeweiligen Bestellung.

Zu 5:
Keine besondere Rechtsform

Zu 6:
a) 31. Juli 1985
b) Hessischer Minister der Justiz
Luisenstraße 13
D-6200 Wiesbaden

Horizontalbohrungen — Rohrvortrieb
für Unterkreuzungen auch durch Fels
Krippner 8764 Kleinheubach (09371) 4235/4242

c) Deutsch

Zu 7:
9. August 1985

Zu 8:
Bescheinigung des Finanzamtes, daß keine Bedenken bestehen, dem Antragsteller öffentliche Aufträge zu erteilen.
Erklärung des Antragstellers, daß er seinen gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der nicht vom Finanzamt erhobenen Steuern und der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen ist.
Nachweise über ausreichende Produktions- und ggf. Lagerkapazitäten.

Zu 9:
Ausschlaggebend sind
a) für die Auswahl der Bewerber Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit,
b) für den Zuschlag das wirtschaftlichste Angebot.

Zu 10:
Entfällt

Zu 11:
21. Juni 1985

6200 Wiesbaden, 21. Juni 1985

Der Hessische Minister der Justiz
5410 — I/8 — 209/82

Öffentliche Ausschreibungen

BAD HERSFELD: Öffentliche Ausschreibung von Straßenbauarbeiten nach VOB/A; Betr.: K 31; Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur zw. Niederaula und N.-OT Hattenbach, Kreis Hersfeld-Rotenburg, von NK 5123 005, zw. Stat. 1,351 und 0,526.

Straßenbauarbeiten:

Wesentliche Leistungen:

ca. 1 000 m³ Oberboden
ca. 16 200 m³ Erdarbeiten
ca. 2 300 m³ Frostschutzschicht
ca. 4 950 m² Asphalttragschicht, Körnung 0/32, 250 kg/m²
ca. 1 100 m² Asphalttragschicht, Körnung 0/32, 185 kg/m²
ca. 4 950 m² Asphaltbeton, Körnung 0/11, 100 kg/m²
ca. 1 100 m² Asphaltbeton, Körnung 0/8, 75 kg/m²
und sonstige Nebenarbeiten.

Ausführungsfrist: 190 Werktage (netto).

Die Vergabeunterlagen (2fach) können bis zum 9. Juli 1985 bei der Vergabestelle unter Vorlage des Einzahlungsbeleges über 50,— DM angefordert werden.

Die Einzahlung ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm Nr. 67 53-609, BLZ 500 100 60 oder bei der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto-Nr. 1 000 205, BLZ 532 500 00 mit dem Vermerk: „K 31, Ausbau zw. Niederaula u. N.-OT Hattenbach" zu leisten.

Eröffnungstermin: 24. Juli 1985, 10.00 Uhr, im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19, Zimmer 217.

Zuschlags- und Bindefrist: 23. August 1985.

6430 Bad Hersfeld, 18. 6. 1985 **Hessisches Straßenbauamt**

GELNHAUSEN: Öffentliche Ausschreibung gem. VOB. Kreiswerke Gelnhausen GmbH, Barbarossastr. 28—30, 6460 Gelnhausen, Tel. (0 60 51) 84-2 83.

Baumaßnahme:

Neubau eines Omnibusbetriebshofes in Linsengericht-Altenhaßlau, ca. 4 200 m³ umbauter Raum mit Außenanlagen.

Das Bauvorhaben ist schlüsselfertig anzubieten. Angebotsunterlagen können bis zum 5. Juli 1985 bei den Kreiswerken Gelnhausen GmbH, Bauabteilung, Barbarossastraße 28—30, 6460 Gelnhausen, gegen Erstattung einer Schutzgebühr von 50,— DM in bar oder durch Barscheck ohne Rückerstattung angefordert bzw. abgeholt werden.

Angebotseröffnung: Freitag, den 2. August 1985, 9.00 Uhr, Barbarossastraße 28—30, Hochhaus, 5. Obergeschoß, 6460 Gelnhausen.

6460 Gelnhausen, 20. 6. 1985 **Kreiswerke Gelnhausen GmbH**

Beim Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei

ist vorbehaltlich einer noch zu treffenden Personalentscheidung in Kürze eine Planstelle der Bes.Gr. A 13 (Regierungsrat/in) als

Justitiar

zu besetzen.

Gesucht wird eine dynamische und entscheidungsfreudige Persönlichkeit mit Initiative und Durchsetzungsvermögen. Besondere Kenntnisse des Verwaltungsrechts, insbesondere des Polizeirechts, sind von Vorteil.

In Frage kommen nur Bewerber/innen mit der Befähigung zum Richteramt. Ein mindestens befriedigendes Zweites Staatsexamen wird erwartet. Assessoren/innen werden als Angestellte in der VergGr II a BAT unter Abschluß eines auf 6 Monate befristeten Arbeitsvertrages eingestellt. Danach ist bei Bewährung die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe beabsichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis 19. Juli 1985 an den **Leiter des Wirtschaftsverwaltungsamtes der Hessischen Polizei, Gutenbergplatz 1, 6200 Wiesbaden.**

Bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt

ist ab 1. August 1985 die Stelle des/der

Dezernatsleiters/leiterin Wasserwirtschaft I

(Ltd. BD — Besoldungsgruppe A 16 BBesG) zu besetzen.

Der Regierungsbezirk Darmstadt umfaßt zehn Landkreise und vier kreisfreie Städte einschl. des Verdichtungsgebietes Rhein-Main.

Schwerpunktaufgaben des Dezernats sind:

- Grundsatzfragen der Gewässergütewirtschaft und des Abwasserwesens
- Dienstaufsicht über die drei Wasserwirtschaftsämter des Regierungsbezirks
- Fachaufsicht im Bereich des Abwasserwesens
- Ausbildungsleitung für den höheren und gehobenen technischen Dienst in der Wasserwirtschaftsverwaltung.

Der/die Bewerber/in sollte eine Führungspersönlichkeit sein und über langjährige Verwaltungserfahrung mit entsprechenden Fachkenntnissen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft verfügen. Der/die Stelleninhaber/in muß bereit und in der Lage sein, sich bei der Durchführung wasserwirtschaftlicher Aufgaben an ökologischen Erfordernissen zu orientieren. Bewerber/innen sollen über Ideenreichtum, Durchsetzungsvermögen und Kooperationsbereitschaft verfügen.

Es kommen nur Bewerber/innen mit abgeschlossenem wissenschaftlichem Studium in einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung in Betracht. Bei gleicher Eignung werden Bewerber/innen mit einschlägiger Laufbahnprüfung bevorzugt.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften sowie Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweisen werden umgehend, spätestens drei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige, erbeten an den **Regierungspräsidenten in Darmstadt, Postfach 11 07 40, — Dezernat I 2/2a —, Tel. 0 61 51 / 12 62 17.**

Adressenfeld

Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Verlag Kultur und Wissen GmbH
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1. 1 Y 6432 A

Stadt Reinheim
Die Stadtverordnetenversammlung
— Der Wahlvorbereitungsausschuß —

Bei der Stadt Reinheim/Odw. ist die Stelle der/des

Bürgermeisterin/ Bürgermeisters

zum frühestmöglichen Zeitpunkt wiederzubesetzen. Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Wiederwahl auf jeweils 6 Jahre ist möglich.

Die Besoldung erfolgt nach B2 BBesG.

Reinheim hat 17 000 Einwohner, besteht aus 5 Stadtteilen und liegt am Rande des Odenwaldes, ca. 20 km südöstlich von Darmstadt, in reizvoller und schützenswerter Auenlandschaft. Die Stadt verfügt über eine, durch mittelständische Betriebe gekennzeichnete Wirtschaftsstruktur und besitzt fünf Kindergärten, vier Grundschulen und eine Mittelpunktschule mit Sonderschule, zwei Altenwohnheime, ein Jugendzentrum sowie ein Freibad. Mittelpunkt des alten Stadtkerns ist das ehem. Hofgut, das im Rahmen der Stadtsanierung zu einem zentralen Treffpunkt mit sozialen Einrichtungen ausgebaut werden soll.

Die künftige Entwicklung des Stadtgebietes wird durch qualitatives Wachstum, die Umsetzung des Stadtentwicklungsplanes, zahlreiche Restaurierungsvorhaben sowie Maßnahmen zu Landschafts- und Umweltschutz bestimmt sein.

Aus den Bewerbungsunterlagen muß erkennbar sein, daß sie/er in der Lage ist, auch neue Wege in der Kommunalpolitik einzuschlagen und den sozialen und wirtschaftlichen aber auch besonderen Gegebenheiten des Landschafts- und Umweltschutzes unserer Stadt im politischen Handeln Rechnung zu tragen. Sie/er muß bereit sein, mit den städtischen Gremien vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und engen Kontakt mit den Bürgern der Stadt zu pflegen. Ihre/seine Qualifikation als Leiter unserer Stadtverwaltung muß unstreitig aus den Bewerbungsunterlagen hervorgehen.

Bewerbungen sind bis zum 15. September 1985 mit Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften, lückenlosem Tätigkeitsnachweis und etwaigen Referenzen unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl" in verschlossenem Umschlag zu richten an den **Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses, Herrn Harald Heiligenthal, — Stadtverwaltung —, Cestasplatz 1, 6107 Reinheim 1.**

Persönliche Vorstellungen nur nach Aufforderung.

6107 Reinheim, 15. Juni 1985 Rübener, 1. Stadtrat

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandspesen und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz, Telefon 0 61 21 / 35 31; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger": Dietrich Poetter. Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger" zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 85, Fernschreiber 4 186 648. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 26 vom 1. Juli 1985 beträgt 32 Seiten.